

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Anzeigenpreis die 3gepaltene Zeile
40 Fig.
Telephon Nr. 535

Schäftsleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. Abn an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Im Schwarzwald

steht eine Generalarrestsperrung bevor. Massen-
Kündigungen seitens der Unternehmer haben
schon stattgefunden. Sämtliche Mitglieder
unseres Verbandes sind davon betroffen.

In Lothringen

stehen die Erzbergleute schon seit Wochen
in einem schweren Kampf, von dem auch die
Hütten- und Metallindustrie in Mitleiden-
schaft gezogen ist.

Zuzug von Arbeitern aller Branchen
nach diesen beiden Kampfgebieten ist
streng fernzuhalten.

Rüfungen und Wandlungen in den Unternehmer-Verbänden.

Die fortwährende Erstarkung der Gewerkschafts-
bewegung macht den führenden Geistern der Arbeit-
geberorganisationen große Sorgen. Sie sehen den
Zeitpunkt mit unabänderlicher Sicherheit herankom-
men, wo der prozige „Herr im Hause Standpunkt“
verlassen und mit den Gewerkschaften als gleich-
berechtigtem Faktor im Wirtschaftsleben gerechnet
werden muß. Ihre Taktik den Arbeiterorganisationen
gegenüber ist daher einer fortwährenden Wandlung
unterworfen. Die Auskügung immer neuer, wirk-
ungsvoller Aussperrungssysteme, dann die Gründung
und der weitere Ausbau von Streikversicherungen,
ferner der in unserm Organ ausführlich behandelte
Beschluss des Gesamtverbandes Deutscher Metall-In-
dustrieller vom 20. März d. J., das sind so
einige hervorragende Merkmale des Entwicklungs-
gangs im Unternehmerlager. Immer mehr drin-
gen jetzt solche Stimmen an die Öffentlichkeit, die
einer Verständigung mit den Gewerkschaften das Wort
reden, wenn auch nicht aus besserer Erkenntnis und
eigenem Triebe, als vielmehr der realen Wirklich-
keit Rechnung tragend. Eine solche Stimme, die wir
als organisierte christliche Arbeiter mit Genehmigung
registrieren, war auch ein Vortrag, den der stell-
vertretende Geschäftsführer des Zentralverbandes
Deutscher Industrieller, Regierungsrat Professor Dr.
Eugen Leidig-Wein, kürzlich in einer Versam-
lung der Internationalen Vereinigung für Rechts-
wissenschaft und Volkswirtschaftslehre über die Frage
der Schadloshaltung bei Streiks und Aus-
sperrungen gehalten hat. Diese Ausführungen
sind um so bemerkenswerter, weil der Vortragende
einer der hervorragendsten geistigen Führer im Unter-
nehmerlager ist und früher andere Anschauungen
vertreten hat. Seinem Vortrag entnehmen wir nach
den Mitteilungen verschiedener Tageszeitungen das
folgende:

„Das 19. Jahrhundert, so etwa führte der Red-
ner aus, habe mit dem Aufschwung der Großindustrie
fast gleichzeitig gewerkschaftliche Organisationen der
Arbeitnehmer geschaffen. Zweck dieser Organisationen
sei, einmal die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch
Erzwingung höherer Löhne und bestmögliche Arbeits-
bedingungen zu bessern, andererseits aber auch par-
teipolitische Vorteile zu erreichen. Die größten Ar-
beitnehmerverbände bestehen in der Metallindustrie,
Holz- und Textilindustrie. Hierzu kommen noch die

Organisationen der Bauhandwerker. Diesen Orga-
nisationen gegenüber sahen sich die Arbeitgeber ge-
nötigt, sich ebenfalls zu organisieren, um Streiks
nach Möglichkeit mit Erfolg abzuwehren. Da den
Arbeitnehmern die Verhinderung des Zuzuges, die
Ausstellung von Streikposten und vielfach eine große
Kasse zur Verfügung stand, so sahen sich die Arbeit-
geber genötigt, zu dem Mittel der Arbeitsausperrung
zu greifen, um dadurch die Klassen der Arbeit-
nehmerorganisationen nach Möglichkeit zu schwächen
und die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen. Allein
trotz alledem wurden die kleinen und mittleren Fa-
brikanten durch Streiks ganz erheblich geschädigt.
Die Großindustriellen waren weniger davon betrof-
fen, diese seien in der Lage, sich eher selbst zu
schützen. Jedenfalls waren die Arbeitgeber genötigt,
bei Arbeitsverträgen eine Streik Klausel zu schaffen,
um nicht auf Gnade und Ungnade den Arbeitneh-
mern ausgeliefert zu werden. Allein nichtsdestoweniger
werden durch einen Streik kleinere und mitt-
lere Arbeitgeber noch immer ganz erheblich geschä-
digt, da die Generalunkosten weitergehen, auch wenn
der Betrieb stillsteht. Die Arbeitgeber haben sich
daher seit etwa zwei Jahren eine Streikversicherung
geschaffen, die auch schon einen gewissen Erfolg ge-
zeitigt habe. Er könne der Streikversicherung nur
innerhalb der Organisation das Wort reden. Er
könne es nicht billigen, daß wir vorschlagen
würde, vielleicht eine ausländische Versicherungs-
gesellschaft mit der Streikversicherung beauftragt
würde. Es dürfte alsdann nicht ausbleiben, daß
die Arbeitnehmer etwas Mehliches schaffen. Dann
werde der Kampf nicht mehr auf sozialpolitischem
Gebiete zwischen den beiden Interessengruppen, son-
dern zwischen den zwei Versicherungsgeellschaften
geführt werden. Und diejenige Gesellschaft, die den
größten Fonds habe, werde den Sieg davontragen.
Dies wäre ein nicht erwünschter Zustand. Er sei
auch nicht dafür, daß die gesamten, sondern nur
ein Teil der durch den unverschuldeten Streik ent-
standenen Generalunkosten ersetzt werde. Im Grunde
genommen müsse der Kampf auf sozialpolitischem
Gebiete geführt werden, nur dadurch sei es möglich,
eine Einigung zu schaffen. Nach dem Vorbilde Deutsch-
lands beginnen die Arbeitgeber in Oesterreich und
Rußland Streikversicherungen zu organisieren. Je-
denfalls sei zu wünschen, daß die Waffen der sich
feindlich gegenüberstehenden Organisationen baldigst
den sozialen Frieden herbeiführen werden.“

Wenn die Unternehmer-Verbände den letzteren
Satz praktisch beherzigen und zur Herbeiführung des
sozialen Friedens bereit sein würden, dann wäre die
größte Schwierigkeit, die bis heute noch der gegen-
seitigen Verständigung im Wege steht, überwunden.
Die Arbeiter können und wollen es den Unterneh-
mern nicht verübeln, daß sie sich organisieren,
auch nicht, daß sie Streikversicherungen ins Leben
rufen. Das beruht auf Gegenseitigkeit. Wir Arbeiter
können aber mit Recht verlangen, daß unsere Or-
ganisationen als Vertretung der Arbeiterinteressen
anerkannt und uns das Mitbestimmungsrecht beim
Abschluß des Arbeitsvertrages eingeräumt wird. So
weit sind wir leider in der Großindustrie noch lange
nicht, denn zur Zeit werden die vernünftigen, zum
sozialen Frieden ratenden Stimmen in Unternehmer-
kreisen von den rücksichtslosen Scharfmachern noch
überhört. Als Beispiel dafür kann ein stenogra-
phischer Bericht über eine Verbands-Versammlung
der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-
Verbände vom 4. Dez. 1906 dienen, der mehr-
ten christlichen Gewerkschaftsführern und Redaktionen
durch einen günstigen Wind zugeweht wurde. In
dem von dem bekannten Scharfmacher Kuel, Ge-

neralsekretär der genannten Unternehmerorgani-
sation, erstatteten Geschäftsbericht wird zunächst er-
teilt, daß der Hauptstelle Deutscher Arbeitge-
berverbände gegenwärtig angehören: 23 Hauptverbände
/6 Unternehmerverbände, einschließlich der Ortsgru-
pen, vier Kartellverbände und eine Gruppe der Ge-
selnmitglieder, also 104 Organisationen. Im Jahr
1906 sind vier Hauptverbände beigetreten; bede-
tende Vereine sind nach dem Bericht in der Be-
dingung begriffen. Als das wirksamste Mittel, die Ar-
beiterschaft niederzuhalten, empfahl der Bericht
erstatter natürlich die Aussperrungen. Dar-
auf wurde hingewiesen, daß ein Schutzverband
gegen Streikschäden eingerichtet sei. Zwei Jahre
an der Lösung dieser Frage gearbeitet worden. 5
Verbände wären hieran angeschlossen. Der Beitrag
beträgt 1/4 pro Mille.

Eine sehr gute Note von Herrn Kuel erhalte
die Textilindustriellen in Sachsen-Thüringen, we-
„die Niedererschlagung des Angriffs der Organisationen
als Vorbildlich für die ganze Industrie betrachtet
werden könne.“ Dasselbe Lob erhalten dann die
Metallindustriellen in Süddeutschland, die den aller-
allerdings sehr ungeschickten Vorstoß des sozialdem.
Metallarbeiterverbandes im Frühjahr 1905 bekannt-
lich durch die Aussperrung zu einer völligen Nie-
derlage der Arbeiter zu gebrachten wußten. Eine Mü-
dagegen gibt es für die Textilindustriellen in Mühl-
hausen i. G., weil sie es nicht fertig gebracht haben,
die Arbeiter vollständig zu bezwingen. Hochinteres-
sant ist nun die Erwiderung eines Mühlhausener
Fabrikanten auf diese Anklage. Der Geheim-
Kommerzienrat Schlumberger aus Mühlhausen
ließ sich also vernehmen:

„Meine Herren! Aus dem interessanten Bericht
des Herrn Generalsekretärs Kuel haben Sie ver-
nommen, wie im vorigen Jahre in der Textil-
industrie von Sachsen-Thüringen die Aussperrung glän-
zend gelungen ist. Dagegen haben Sie auch wieder
hören müssen, wie viel weniger günstig die Aus-
sperrung in Mühlhausen ausgefallen ist. Dies gibt
mir den Anlaß, die Hauptstelle Deutscher Arbeit-
geberverbände zu ermahnen, daß im Falle der Aus-
sperrung eine Belehrung erfolgen möge: wenn die
Vorbereitungen für eine Aussperrung erfüllt sind,
daß die Durchführung der Sache auch unerlässlich
ist; denn wenn nicht gemeinsam vorgegangen wird,
so besorgt man, statt das Ziel zu erreichen, nur
die Geschäfte der Sozialdemokratie. Vorläufig suchen
die Gewerkschaften, sei es die eine oder die andere,
nichts anderes als sich Anhänger zu verschaffen,
und in diesem Falle ist die Anwendung des Mit-
tels der Aussperrung ganz ausgezeichnet. Die Aus-
sperrung, richtig angewandt, ist ein ganz vorzüg-
liches Mittel, aber sie ist auch ein sehr gefähr-
liches Mittel. Nehmen Sie nur den Fall an, daß
nur eine Anzahl von Arbeitern streiken, und man
trotzdem gezwungen ist, die anderen auszusperrn,
weil jener Teil nötig ist, den Betrieb aufrecht zu
erhalten. Wenn dann aus Solidaritätsgefühl an-
dere Fabriken auch aussperrn, also Leute, die zu-
frieden sind, die arbeiten wollen, so begehen
Sie damit eine Grausamkeit, wenn man
es so bezeichnen darf, und zwingen auf die Dauer
die Arbeiter, in die Gewerkschaft hineinzugehen. Das
ist bei uns im Elsaß so geschehen. Es gab Fa-
briken, wo die Arbeiter erklärten, wir wollen arbei-
ten, ihr wollt uns nicht arbeiten lassen, dann ha-
ben wir doch keine andere Wahl mehr, wir gehen
zu den Sozialdemokraten. Wir müssen es, wir müs-
sen unsern Unterhalt verdienen. Deshalb ist es
sehr gefährlich, auszusperrn, ohne zu wissen, daß
die Aussperrung zum Ziele führt, aber ohne wenig-

den die Bedingungen erfüllt zu haben, die darauf einwirken könnten; denn eine verfehlte Aussperrung ist viel gefährlicher als irgend ein verlornener Streit. Deshalb halte ich es für richtig, wenn die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände den ihr angehörenden Vereinigungen raten würde, keine Aussperrung vorzunehmen, wenn nicht von vornherein durch gemeinschaftliches Vorgehen sicher anzunehmen ist, daß sie zum Ziele führt. Sonst machen die Arbeitgeber wie im Falle von Mühlhausen, nur die Geschäfte der Sozialdemokraten."

Dieser Fabrikant hat aus praktischer Erfahrung geredet, aber dennoch das eine übersehen, daß mit der "Grausamkeit" einer Aussperrung auch dann, wenn sie für die Unternehmer günstig verläuft, erst recht die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt werden. Die Folgen des "Sieges" der Unternehmer in Sachsen-Thüringen dürften ihm diese Wahrheit doch bestätigen, ebenso alle andere Bezirke, wo die "Grausamkeit" der Unternehmer den Sieg davongetragen hat. Man scheint aber weder Herr Schlumberger noch einer seiner Kollegen zu denken.

Herr Ducl geht in seinem Bericht natürlich auch von den Tarifverträgen in erster Scharfmacherart zu Rede. Seine Beurteilung derselben schließt er in folgende Sätze zusammen:

"Nun, meine Herren, will ich hier weiter keinen Vortrag über Tarifverträge halten, aber das eine möchte Ihnen als Merkmal für Ihr Verhalten solchen Anforderungen gegenüber dienen: Wenn Sie einen solchen Tarifvertrag abschließen, sind Sie unweigerlich daran gebunden. Sie können nicht davon zurück, während jeder Arbeiter sich jeden Tag von diesen Verträgen lösen kann. Darin liegt schon das Unbillige solcher Verträge, und wozu die Tarifverträge führen, habe ich mir erlaubt, Ihnen, so weit es in der verhältnismäßig kurzen Zeit ging, den Verlauf des Tarifvertrags der Buchbinder anzudeuten."

Von Seiten, die den Satz geteilt haben: "Die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter wird von uns niemals anerkannt," sind solche Worte nicht weiter verwunderlich. Herr Generalsekretär Ducl schloß seine Scharfmacherei mit den sehr interessanten Worten: "Möge Gott geben, daß uns das gestrige zum Wohle der Industrie."

Noch schärfere Scharfmachereien wie Ducl ließ dann der berühmte Dr. Alex. Tille-Saarbrücken vernehmen. Sein Auftreten und seine Verhandlungsbühne zeigen, daß er dem von ihm aufgestellten Grundsatze: "Die Menschenrechte gehören in die Handkammer" nach wie vor treu geblieben und sich bemüht ist, denselben in die Praxis zu übertragen. Er behandelte das System der schwarzen Listen, die auch zum Massenbestand der Hauptstelle der Arbeitgeberverbände gehören und Herr Alex. Tille machte folgende Ausführungen zu diesem interessanten Kapitel:

"Dann ist eine Frage nicht ganz geklärt worden, die ich aber, weil sie für Sie als von praktischer Bedeutung ist, doch einmal besprechen möchte. Das betrifft nämlich die sogenannten Aussperrungslisten. Es ist wiederholt vorgekommen, daß wir von der Hauptstelle Listen bekommen haben von Arbeitern, die irgendwo streiken, mit der Bitte, diese Listen in unserem Kreise zu verbreiten und dergleichen Arbeiter nicht einzustellen. Das ist ein Verfahren, das zweifellos möglich ist, auch zweifellos nutzlos wirken kann. Die praktische Behandlung der Sache ist mir außerordentlich schwierig. In jedem Bezirk wird es sich ganz von selbst heraus entwickeln, daß zum Beispiel gewisse sozialdemokratische Agitatoren, die sich hervorgetan haben, von keiner der freigesetzten Firmen wieder aufgenommen werden. (In den Augen Tilles und seiner Gefinnungsgefährten sind bekanntlich alle Arbeiter Sozialdemokraten, mit Ausnahme der Selben, die ihr Koalitionsrecht preisgeben und ihren eigenen Stand verlernen. D. H.) Was liegt im Interesse der Selbstbehaltung und des Friedens (?) in jedem Gemeinwesen, und dieses Vorgehen wird auch in Zukunft wahrscheinlich an sehr vielen Stellen geübt werden. Mit diesem Verfahren treffen nun die örtlichen Aussperrungslisten von anderen Orten zusammen und sie helfen an die Tätigkeit der einzelnen Lohnbüreaus und der einzelnen Annahmebüreaus der Werke ganz außerordentliche Anforderungen. Unser Vorstand hat in folgender Weise beschlossen, das Verfahren wesentlich zu vereinfachen und die betreffenden Listen gar nicht mehr anzugeben, sondern diesen Werken nur anzuempfehlen, aus dem betreffenden Bezirk überhaupt keine Arbeiter anzunehmen bis zu einem bestimmten Bedarfsstadium, und das hat in der Praxis außerordentlich gute Wirkung erzielt. Wir teilen den

Werken mit: Auf 1 n und dem Werke ist ein Streit, Arbeiter aus der Gegend sind betroffen; wenn Arbeiter aus der Ferne sich melden, bitten wir festzustellen, ob sie vielleicht daher kommen. Das hat in allen Fällen, die mir bekannt sind, bessere Ergebnisse gezeitigt als diese umständlichen Listen von Hunderten von Arbeitern und hat diese Sache jedenfalls außerordentlich vereinfacht. (Dr. Alex. Tille spielt mit Arbeiterregimenten, als wenn es Laton-Tennisbälle wären und mit einem Gleichmut, den er beim letzten Reichstagswahlkampf vermissen ließ, als er bei dem Herunterreißen gegnerischer Plakate erwischt wurde und das Gasenpanier ergriff. D. H.) Es ist sehr schwer, mit solchen langen Listen von Hunderten in der Praxis bei den Annahmebüreaus der einzelnen Werke zu arbeiten. Vielleicht läßt sich da allgemein ein Modus finden, der die Vorteile beider Verfahren in sich vereinigt. Wir möchten daher die Hauptstelle bitten, zu versuchen, ob nicht auch von ihrer Seite ein einfacheres Verfahren möglich ist."

Treffend schreibt dazu die christliche Textilarbeiter-Zeitung, der dieser Bericht auch zugeweiht war:

Dem Verdienste seine Kronen! Der Bericht verzeichnet daher auch am Schlusse der Ausführungen Dr. Tilles: (Bravo!) Man sieht, Dr. Tille sucht sich für seine 30 000 Mk. Jahresgehalt wirklich Mühe zu machen. Und dabei "arbeitet" er ja so verblüffend einfach. Schwarze Listen, i wo, veralteter Kram! Wenn Arbeiter am Niederrhein streiken, werden einfach keine Arbeiter vom Niederrhein mehr eingestellt, streiki man in Bayern, so sind die Bayern für die Zeit des Streiks oder der Aussperrung geschützt usw. Vielleicht wird Herr Dr. Tille seinen Plan noch dahin erweitern, daß während der Zeit, wo Arbeiter in Deutschland an irgend einem Orte streiken, nur noch chinesische Kulis eingestellt werden.

Uebrigens ist auch der von Dr. Tille empfohlene Vorschlag nur ein Beweis mehr dafür, daß die Herren Scharfmacher mit ihrem bisherigen Vorgehen nur höchst unbefriedigende Resultate erzielt haben. Auch macht sich in den Kreisen der Arbeitgeber bereits eine Aussperrungsunbilligkeit bemerkbar. Solche Erfolge, wie sie Herr Kommerzienrat Schlumberger in Mühlhausen gesammelt hat, tragen sicherlich nicht dazu bei, die Sympathie für Aussperrungen in Arbeitgeberkreisen zu erhöhen. Und tatsächlich haben sich die bisherigen Aussperrungen als das wirksamste Mittel zur Aufspaltung der in-differenten Arbeitermassen und zur Stärkung der Arbeiterbewegung erwiesen. Selbst wenn die Arbeitgeber in der nächsten Zeit das Mittel der Aussperrung noch in verstärkterem Maße als bisher zur Anwendung bringen, der Endeffekt wird eine Tarifbewegung sein. Eine Reduzierung der Arbeiterbewegung ist nicht mehr möglich, und da ein ewiger Kriegszustand auch den Arbeitgebern auf die Dauer unerträglich ist, so wird auch ihnen der Abschluß von Tarifverträgen zum Schlusse als die einzige und letzte Möglichkeit zur Sicherung des Wirtschaftslebens und damit auch der Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter erscheinen.

General Aussperrung in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes.

Das Unternehmertum des Schwarzwaldes war seit Menschengedenken gewohnt, eine willige und billige Arbeiterschaft zu haben, die mit vollständig unzureichenden Löhnen fürlieb nehmen mußten. Waren und sind doch selbst jetzt noch Fälle zu verzeichnen, wo erwachsene Arbeiter mit einem Lohn von 1.70 bis 1.80 Mk. pro Tag abgefunden wurden, trotz der Teuerung, die gerade hier im Schwarzwald, durch den Fremdenverkehr, besonders in den letzten Jahren, enorm gestiegen ist. Etwa doch zum Beispiel in kleinen Orten des Schwarzwaldes die Fleischpreise um 10 bis 15 Pfg. teurer, als in der benachbarten Groß- und Residenzstadt Stuttgart. Auch heute noch kostet das Pfund Schweinefleisch 85 Pfg., ebenso sind die Mietpreise gestiegen. Mit Recht konnte Dr. Frenschlein, der die Lage der Uhrenarbeiter auf dem Schwarzwald unter suchte, feststellen, daß die Arbeiterchaft tatsächlich an Unterernährung leidet und diese Verhältnisse haben sich in letzter Zeit eher noch verschlechtert. Der Gesamtindruck, den die Arbeiterchaft abgibt, bekräftigt dieses vollständig, trotzdem Mann und Frau sich abmühen.

Unsern Kollegen dürfte noch in Erinnerung sein, daß schon im verflohenen Spätherbst die Arbeiter in eine Lohnbewegung eintraten. Da die Arbeiterchaft letzter noch wenig Bekanntheit der Organisation ent-

gegenbrachte, indem die Mehrzahl noch unorganisiert ist, andererseits der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hierbei eine so schwächliche Rolle spielte, konnte die Bewegung nur geringe Erfolge zeitigen. 1 1/2 Stunden Mittagspause und 25% für Überstunden sollten zugesichert werden, welches aber nur teilweise in Erfüllung ging. Die Bewegung hatte andererseits den Zusammenschluß der Unternehmer zur Folge. In Schwenningen, wo der freie sozialdemokratische Metallarbeiterverband hauptsächlich seine Kerntuppen hat, wurde nach eigenem Geständnis am allerwenigsten von den Versprechungen eingehalten, besonders bei der Firma Jäckle hier, reichte nun vor kurzer Zeit die dortige Arbeiterchaft, etwa 80 Mann, die Kündigung ein und stellte die Forderung einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit und ferner sollte mit jedem Arbeiter ein Stundenlohn vereinbart werden, der um circa 70 bis 80% dem bisherigen Akkordlohn gleichkomme.

Der Unternehmerverband griff ein und stellte die Forderung: Wenn die Arbeiter der Firma Jäckle nicht bedingungslos die Arbeit aufnehmen, bis zum 15. Juni alle Arbeiter des Schwarzwaldes ausgesperrt werden sollen. In einer Broschüre, welche der Arbeitgeberverband verbreitet und wo derselbe sich bemüht, die Lage der Uhrenarbeiter als befriedigend hinzustellen, wendet er sich gegen die Arbeiterorganisationen und besonders gegen den freien Metallarbeiterverband, "die auch dort Unzufriedenheit säen, wo man Ursache hätte, mit den Zuständen zufrieden zu sein" — "Unlust zur Arbeit", "Verminderung der persönlichen Leistungsfähigkeit" soll ebenfalls Schuld der Organisationen sein.

Die Broschüre macht weiter dem Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Vorwurf, daß derselbe willkürlich die Verhandlungen abgebrochen ohne daß in eine Besprechung der Forderung oder eines Teiles derselben hätte eingetreten werden können, sondern hätte sofort die Kündigung der im freien Verband organisierten Arbeit veranlaßt. Es ist nicht unsere Sache, sondern Aufgabe des freien Metallarbeiterverbandes, sich von diesen Vorwürfen zu reinigen. Wenn aber der Arbeitgeberverband angeblich nur gegen das "Unbillige Vorgehen" des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sich richten will, dann ist seine allgemeine Aussperrungstaktik geradezu unsinnig. Die Gelegenheit scheint der Arbeitgeberverband vielmehr wahrnehmen zu wollen, den verhassten Arbeiterorganisationen ohne Unterschied eins auszuwichen. Im vorigen Jahre, wo die christlichen Arbeiter Forderungen erhoben, konnte gewiß nicht behauptet werden, die christlichen Führer hätten die Verhandlungen abgebrochen oder seien brutal vorgegangen und trotzdem kämpften die Unternehmer in gleicher Weise dagegen.

Bezüglich der Arbeiterforderungen erklärt der Arbeitgeberverband u. a.:

"Wir lehnen eine Neuregelung der Arbeitszeit ab, nachdem erst im Herbst die Frage von uns behandelt wurde, wir verweisen auf unsere Bekanntmachung, betreff der Überstunden: Da bei dem erst im Herbst von uns bewilligten Zuschlag von 25 Proz., von uns die Zulage gemacht wurde, daß Überstunden möglichst vermieden werden, werden sie sich kaum noch auf Zeiten zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ausdehnen. Wegen so seltener Ausnahmefälle Bestimmungen zu treffen, halten wir für unangemessen."

Bezüglich der Festlegung der Stundenlöhne antwortet der Unternehmerverband:

"Die Stundenlöhne wurden, mit erneuten Forderungen allgemeiner Erhöhungen den Boden zu entziehen und begünstigt durch die Konkurrenz beim Arbeiterbedarf, im einzelnen fortwährend gesteigert, so daß sie ausweislich unserer Lohnstatistik mit der Steigerung der Lebensmittel Schritt gehalten haben. Eine allgemeine prozentuale Erhöhung der Stundenlöhne müssen wir grundsätzlich ablehnen, unter schärfster Betonung, daß die wirklichen Löhne eine allgemeine Erhöhung, welche nicht nur dem etwa Berechtigten nütze läme, nicht rechtfertigen und daß die Geschäftsergebnisse sie überhaupt nicht vertragen würden. Wir müssen sie um so entschiedener ablehnen, als der Geschäftsführer des D. M. A. B. die Forderung einer 10—15 prozentigen Lohnerhöhung, als "in ganz beiderseitigen Grenzen gehalten" und als "an sich ganz einfache Angelegenheit" bezeichnet, die nur einiges Entgegenkommen erfordert, so daß wir also ganz unerlösten Forderungen entgegengestellt sind. Ein Stundenlohn wird jetzt schon mit jedem Arbeiter vereinbart, der eine solche Arbeit verrichtet und bei entsprechender Leistung selbstverständlich auch gewährleistet. — Fälle, in denen ein Akkordarbeiter im Stundenlohn weniger als 70 Prozent seines Akkordverdienstes verdient, werden kaum vorkommen."

In der Regelung der Akkordverhältnisse stellt sich der Arbeitgeberverband auf folgenden Standpunkt:

"Jedem Arbeiter jederzeit ein Verzeichnis sämtlicher Akkordsätze zur Verfügung zu stellen, geht über den persönlichen Zweck des einzelnen Arbeiters

Finanz und Wunde also ohne Berücksichtigung der verschiedenen Arbeitsmethoden und Arbeitsstellungen der verschiedenen Fabriken nur zu agitatorischen Zwecken mißbraucht werden. Wir müssen das ablehnen." — Zum Schluss heißt es: „Auf die offenbar im voraus beabsichtigte und so voreilig vollzogene Gewaltmaßregel, Massenkündigung, können wir nur die aufgenötigte einzige Antwort geben:

Massen-Aussperrung.

Wir ordnen daher gemäß einstimmig und mit ausnahmsloser Entschiedenheit gefassten Beschlusses unserer Generalversammlung zunächst für alle Betriebe in Schwenningen Aussperrung mit sofortiger Kündigung auf den 15. Juni an über diejenigen Arbeiter, welche glauben, sich mit den vorliegenden Bescheid nicht zufrieden geben zu können. Sollte demnach die Beilegung der Differenzen nicht erfolgen, so ist hiermit die Ausdehnung der Aussperrung auf den ganzen Bezirk unseres Verbandes auf den 22. Juni über den nach den einzelnen Arbeitsordnungen nächstmöglichen Termin angeordnet.

Die nötigen Erhebungen und Kündigungen werden in den einzelnen Betrieben sofort vorgenommen.

Billinger-Schwenningen, 29. Mai 1907.

Der Verband der Uhrenindustrie und der verwandten Industrien des Schwarzwaldes.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß auch der junge Verband der Uhrenindustriellen auf dem Schwarzwald recht schneidig aufzutreten gelernt hat. Wie ein Ullas des Selbstherrschers aller Reußen mutet das an. Die Herren haben es sich recht viel Mühe und Druderschweiß kosten lassen, um der Außenwelt plausibel zu machen, daß sie nur Notgedrungen in der Abwehr begriffen seien. Auch auf dem Schwarzwald dürften sie damit kaum Glauben finden, daß um 70 bis 80 streikender Arbeiter willen eine Generalaussperrung nötig sei. Die Herren faßeln viel von Gewaltmitteln, welche angeblich die Arbeiter anwenden sollen, selbst aber greifen sie zu dem schäbigsten Gewaltmittel, um die arme gedrückte Arbeiterschaft des Schwarzwaldes niederzuhalten, denn nur darauf kann die ganze Geschichte hinauslaufen.

Den Arbeitern aller Betriebe wurde folgender Zettel zur Unterschrift unterbreitet:

„Der Unterzeichnete erklärt, daß er die leichtfertige Anwendung von Gewaltmitteln zur Vertreibung von Forderungen mißbilligt und eine friedliche Weiterentwicklung der Arbeitsverhältnisse wünscht.

Unterschrift des Arbeiters.

W. Demjenigen, welcher seinen Zettel nicht oder ohne Unterschrift abgibt, muß gekündigt werden.“

Die organisierten Arbeiter haben es abgelehnt, den Zettel zu unterschreiben und so erfolgte die allgemeine Kündigung in allen Orten des Schwarzwaldes. Hossentlich zeigt dieser Gewaltstreik des Unternehmertums den Arbeitern, daß sie mehr als je bisher sich der christlichen Organisation anschließen müssen. Die Organisation zu zertrümmern und damit die eben erst erwachte Arbeiterschaft wieder gewalttätig niederzudrücken und wie jeither zur Ohnmacht zu verurteilen, zu absolut gefügigen Werkzeugen, die sich auch mit den schlechtesten Lohnverhältnissen zufrieden geben, ist doch zuletzt der Zweck des Vorgehens der Unternehmer.

Außerdem möchten wie gewöhnlich, die Großen die Kleinen Unternehmer für sich die Kastranen aus dem Feuer holen lassen. Leider finden sich wie überall, so auch in der Uhrenindustrie, Dumme genug, die an den Köder anbeißen, ohne zu bedenken, daß sie am letzten Ende die Opferlammer sind, welche für die Großunternehmer als Opfer dargebracht werden. Die großen Millionenfirmen können einen solchen Kampf noch aushalten, wenn die Kleinen längst ruiniert sind. Letzteres scheint nicht minder der Zweck der Generalaussperrungstaktik der Großunternehmer zu sein, wie die Niederhaltung der Arbeiter. Die Uhrenindustrie ist noch sehr zahlreich in kleinen und mittleren Betrieben vorhanden. Diese sollten es sich zehnmal überlegen, ob es nicht besser sei, mit den Arbeitern einen Ausgleich zu suchen, als sich und ihr Geschäft zu ruinieren.

Wie gewöhnlich bei solchen Kämpfen, entfallen die Herren roten Genossen ihr arbeitserzitterndes und verheißendes Treiben. So bringt das sozial. Organ in Karlstraße vom 4. Juni unter einem Artikel: „Die Aussperrung auf dem Schwarzwald“ die gehässigsten Ausfälle gegen die „Christlichen“, (zweifellos entflammt der Artikel der Feder eines Verantw. vom sozial. Verbande). Wer wollen aus-

drücklich feststellen, daß unsere christlichen Kollegen ebensogut die Unterschrift verweigert und damit die Kündigung erhielten, wie die der freien Verbände. Trotzdem wagt der Strikfar zu schreiben:

„Nicht unerwähnt kann auch das Verhalten der — „Christlichen“ bleiben. Diese Gesellschaft wittert schon wieder einmal Morgenluft und fühlt den Zeitpunkt gekommen, sich den Herrn Arbeitgebern als die getreuen Arbeiter zu empfehlen“.

Dann will der Mann die Welt glauben machen, die Christlichen kämen nicht in Betracht. Er schreibt:

„Wo haben sie denn außer alten Männern und Gesellenvereinsmitgliedern und diese kommen doch nirgends in Betracht“.

Daß aber der christliche Metallarbeiter-Verband (Schwenningen ausgenommen) auf dem Schwarzwald allein mehr Mitglieder hat, als der rote Verband, wird häufig verschwiegen. Mehr als 1000 Mann kommen für den christlichen Metallarbeiterverband allein in Frage. Auch dieses Beispiel beweißt wieder, daß es den roten Heiden absolut nicht darauf ankommt, das Arbeiterinteresse zu vertreten, sondern nur Mitgliederfang zu betreiben. Es ist noch bekannt, welche schmählische Rolle der freie Verband und seine Bezirksleiter bei der Bewegung im vorigen Herbst gespielt, die ihre Leute zurückhielten, als unsere Mitglieder die Kündigung einreichten und so verschuldeten, daß die Bewegung nur mit geringem Erfolg für die Arbeiter ausging. Jetzt, wo erst recht die Einigkeit notwendig wäre, wird dieselbe Hezarbeit, das selbe freventliche Spiel in anderer Form, seitens der Macher betrieben.

Man werden endlich die Arbeiter einsehen, daß sie von der roten Gesellschaft nur als Kanonensfutter für den sozialdemokratischen Zukunftsstaat betrachtet werden, wo zunächst das sozialdemokratische Parteiinteresse, dann erst das Arbeiterinteresse in Frage kommt nach dem bekannten Gemollischen Grundsatz: Daß ein Streik, der 14 Wochen dauert und verloren geht, ihm lieber sei, als einer von 14 Tagen, der gewonnen wird. Auch bei der hiesigen Sozialdemokratie scheinen dieselben Grundsätze nicht ausgeschlossen zu sein. Deshalb Arbeiter des Schwarzwaldes! Weist den roten Freiheitshelden die Tür, welche die Brüderlichkeit im Munde führen und in Wirklichkeit nur Arbeiterverhetzung betreiben zum Nachteil des ganzen Arbeiterstandes. Arbeiter des Schwarzwaldes! Schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverband an, der unablässig bemüht ist, aufrichtig und ohne Hinterlist euer Los zu verbessern, der seine Tatkraft nicht abhängig macht von parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern einzig und allein sich vom Wohl des Arbeiterstandes leiten läßt.

Aus den

bayerischen Gewerbeinspektions-berichten.

Aus den Jahresberichten der „K. B. Fabriken- und Gewerbe-Inspektoren“ für das Jahr 1906 geht hervor, daß auch in Bayern stetig die Zahl der gewerblichen und Fabrikbetriebe steigt. Gewiß kann Bayern noch lange keinen Vergleich mit dem industriereichen Oberschlesien oder Westfalen Deutschlands aushalten. Das wird es auch in Zukunft nicht können, da hier die natürlichen Voraussetzungen, die großen Bodenschätze, nicht vorhanden sind; trotzdem kann Bayern mit seiner industriellen Entwicklung im Jahre 1906 zufrieden sein. Im Jahre 1905 hatten sich die Betriebe, welche der Gewerbeaufsicht unterstellt sind, um 251 vermindert; dagegen im Jahre 1906 um 1363, darunter 141 Fabriken, vermehrt. Gestiegen ist auch die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und zwar um rund 25 000 gegen das Jahr 1905. Dem wirtschaftlichen Aufschwung entsprechend war auch das Bestreben der Arbeiter, in der Zeit der guten Konjunktur ihre Existenzbedingungen den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Dazu waren sie umso mehr berechtigt, als die Ausgaben für die notwendigen Lebensmittel ganz gewaltig stiegen. Die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel betragen nach den amtlichen Feststellungen der Stadt München für das Jahr 1906 im Durchschnitt: 1/2 Kgl. Ochsenfleisch 83 Pfg. (75); 1/2 Kgl. Kalbfleisch 79 Pfg. (74); 1/2 Kgl. Schweinefleisch 90 Pfg. (80); 1/2 Kgl. Schaffleisch 60 Pfg. (56). Die enormen hohen Fleischpreise rechtfertigten es also vollständig, wenn die Arbeiter bestrebt waren, ihre Einnahmen den Ausgaben entsprechend zu steigern. Leider muß auch in Bayern zugegeben werden, daß die Arbeitgeber sich erst dann bequemen, bessere Löhne zu zahlen, wenn sie durch den Druck der Arbeiterorganisationen dazu gezwungen

Somit aus dem Berichte der Gewerbe-

Inspektoren zu ersehen ist, daß die Zahl Streiks im Jahre 1906 zirka 250; dazu kam noch 14 größere Aussperrungen. Von Bedeutung was der Gewerbeinspektor von Oberbayern von in seinem Bezirk stattgefundenen Lohnbewegungen schreibt: „Von den 79 amtlich gemeldeten Arbeitsausständen waren 48 von Erfolg. — Die 11 Aussperrungen waren in der Hauptsache sämtlich folglos, vielfach mußten sogar noch den Arbeitnehmern Vergünstigungen eingeräumt werden.“ Aus geht hervor, daß die Aussperrungen lange die Wirkungen hatten, die die Arbeitgeber von ihnen erhofften; vorausgesetzt, daß die Arbeiter während der Dauer derselben einen Rückhalt an ihren Organisationen hatten. Wenn in dem Berichte des Zentralinspektors geschrieben wird, daß sich zuweilen eine gewisse Streiklust der Arbeiter, die auf Bestreben, die Organisationen zu fördern, zurückführt werden muß, „ganz“ habe, so ist dieser Vorwurf in seiner Allgemeinheit wohl nicht berechtigt. Jedenfalls steht fest, daß in der heutigen Zeit gerechtfertigte Streiks zu den Ausnahmen zu rechnen sind. Die jahrelange gewerkschaftliche Erziehung an den Arbeitern nicht spurlos vorüber gegangen, sie haben gelernt, daß bei Streiks nicht die Würde nicht so oft von den Arbeitgebern der alten Herrenstandpunkt bevorengelzt, so könnten die Anzahl Streiks unterbleiben. Die Arbeiter haben einen Grund, Streiks zu inszenieren, wenn man ihnen freiwillig gibt, was sie durch einen Streik schließlich doch erlangen.

Doch läßt sich auch auf diesem Gebiete eine Verbesserung verzeichnen. Durch die vermittelnde Tätigkeit der Gewerbeberichte bahnt sich eine zunehmende Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter an. So wurde in München in 95 Fällen das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. Nur in der Großindustrie begegnet man den Arbeitern und sogar den Fabrikinspektoren mit dem größten Mißtrauen. Der Zentralinspektor schreibt in seinem Bericht: „Als erwünscht möchte es bezeichnet werden, wenn Industrielle oder Direktoren größerer Anlagen die eine oder andere Arbeiterauschussmitglied mit der Aufgabe betrauen möchten, die Gewerbeaufsichtsämtern bei ihren Rundgängen zu begleiten. — Freilich müßte dem Ausschussmitglied als begleitende Person nicht das Mißtrauen entgegengebracht werden, mit dem bisher in vielen Betrieben der Gewerbeaufsichtsbeamte und dessen Begleiter bedacht wurden.“ Daß dieser Wink was nützen wird, bezweifeln wir. So lange Gebilde, wie sie die „gelben Vereine“ sind, von den Arbeitgebern protegiert werden, wird man das Recht der Kontrolle schwerlich zugestehen. Im übrigen braucht die organisierte Arbeiterschaft diesen Stumpfsinn keine zu große Bedeutung beizumessen. Der sanfte Druck, mit dem die Arbeiter in diese Vereine gepreßt werden, hat noch nicht vermocht, ihnen größeren Einfluß zu verschaffen. In dem Betriebe von Eppele u. Burgmann in Augsburg — dem klassischen Boden der gelben Vereine — sind nach dem Berichte des Gewerbeinspektors von 720 Arbeitern 120 in dem gelben Verein. Dann werden schließlich auch dem rückständigsten Arbeiter die Augen aufgehen müssen, wenn er sieht, wie diese Vereine dazu gebraucht werden, altersschwachen politischen Parteien wieder auf die Beine zu helfen.

Im weiteren beklagt der Bericht, daß im Jahre 1906 eine sehr große Zahl von Unfällen zu verzeichnen waren (15 071, davon 141 mit tödlichem Ausgang). Davon hätten sicher eine Masse vermieden werden können, wenn nur die bestehenden Unfallverhütungsvorschriften befolgt würden. Dem Arbeiter ist es aber bei dem vielfach üblichen Antreibersystem unmöglich, die notwendige Vorsicht zu gebrauchen. Auch hier wird die Organisation der Arbeiter Remedur schaffen müssen. Alle Kraft muß angewendet werden, um in Bayern vorwärts zu kommen. In den zur Gewerbeaufsicht angemeldeten Betrieben sind rund 650 000 Personen beschäftigt. Der noch währende wirtschaftliche Aufschwung wird noch manchen Arbeiter heranziehen; sorgen wir dafür, daß diese den Anschluß an die christlichen Verbände finden. Die sozialdemokratischen Verbände bekämpfen unsere Kollegen in Bayern — besonders in München — mit den verwerflichsten Mitteln. Sorgen wir deshalb durch die Stärkung unserer Verbände dafür, daß die Bäume dieser Herren nicht in den Himmel wachsen. Dem Scharfmachertum vor oben und unten kann nur durch eine stark christliche Arbeiterbewegung entgegengetreten werden.

Eine nackte Zeichnung

„Bundes vaterländischer Arbeitervereine“ geht augenblicklich durch die Scharfmacher-Presse. Dieselbe stammt aus der „antifozialdemokratischen Korrespondenz“, der man für diese Photographie der kontrahierten gelben Gewerkschaften nur dankbar sein kann. Da diese Betrachtungen aus jenen Kreisen herkommen, die hinter der gelben Gründung stehen und es nicht wissen müssen, sind sie um so wertvoller. In dieser nackten Zeichnung heißt es u. a.:

„Als Begründer und geistiger Leiter des „Bundes vaterländischer Arbeitervereine“ figuriert Herr Schaper, der Generalsekretär des „Weltwirtschaftlichen Schutzbundes“ in Hamburg. Herr Schaper dürfte seine eigentliche sozialpolitische Schulung während seiner früheren Tätigkeit im Industriegebiet Rheinlands-Westfalens erhalten haben. Er steht in der Beurteilung der Arbeiterfrage ziemlich genau auf dem Standpunkt der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustriellen und teilt die Auffassungen der „Hamburger Nachrichten“ (eines der rücksichtslosesten Scharfmacherorgane. D. R.). Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine von Herrn Schaper geführte Arbeiterorganisation allen, auch den weitestgehenden antifozialdemokratischen Ansprüchen genügen wird.“

Darin mögen die Macher der Gelben vollständig recht haben. Und was Herrn Schaper an „Genialität“ und „Rettung des Vaterlandes“ noch fehlen dürfte, das wird durch die berühmten Charaktereigenschaften des „Ermerit“ wirkungsvoll ergänzt werden, wie schon in Nr. 21 unseres Organs näher gekennzeichnet haben. Schöne Seelen finden sich, das sieht man auch hier. Ein ungeheurerlicher Gedanke ist es nur, daß jedem echten deutschen Arbeiter unverständlich sein muß, daß sich überhaupt noch Arbeiter finden, die sich von solchen „Führern“ leiten lassen. — In demselben Artikel verraten die Scharfmacher auch, welche Stellung die „Reichstreuen“ gegenüber den christlichen und kirchlich-Dunklerischen Gewerkschaften einnehmen. In Hamburg sagten die Wortführer der Gelben, der neue Bund solle zu den anderen „nationalen“ Organisationen nicht in einen Gegensatz treten, vielmehr von Fall zu Fall zusammen gehen. (Wofür die christlichen Arbeiter sich entschieden dankten, mit professionsmäßigen Streikführern will kein ehrlicher Arbeiter was zu schaffen haben.) Das war aber eitel Gesunkter und Heuchelei, die jetzt schon ans Tageslicht kommt. In dem Artikel wird nämlich ganz offen gesagt:

„... So unterliegt es denn keinem Zweifel, daß der neu begründete „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ bezüglich seiner Hauptaufgabe darauf ausgeht, die Arbeiterfrage im prinzipiellen Gegensatz zur „modernen“ Arbeiterbewegung, d. h. im prinzipiellen Gegensatz nicht nur zur Sozialdemokratie und den ihr anhängenden Gewerkschaften, sondern auch zu der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und der innerhalb der kirchlich-Dunklerischen Organisation auftretenden neuen radikalen Strömung zur Behandlung zu bringen. Dem widerspricht es gar nicht, wenn bei den Begründungsverhandlungen auch von der guten Nachbarschaft die Rede gewesen ist, die man den anderen nichtsozialdemokratischen Verbänden gegenüber einhalten wolle. Sich solchen Anschein zu geben, ist für eine an Zahl noch so äußerst schwache neue Organisation eine notwendige Maßregel der Vorsicht und taktischen Klugheit. Selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bezweifelt übrigens die Möglichkeit solcher guten Nachbarschaft, angesichts des bisher ziemlich feindseligen Verhaltens der kirchlich-Dunklerischen, wie der christlichen Gewerkschaften dem Hamburger Bund gegenüber.“

Das Gerede der Herren Schaper und Ermerit von „guter Nachbarschaft“ mit den christlichen und kirchlich-Dunklerischen Organisationen war mithin nur „eine notwendige Maßregel der Vorsicht und taktischen Klugheit“ der mit anderen Worten: Diplomatie. Uns werden die Gelben ebenso regelmäßig in den Rücken fallen und verhetzen, wie die Sozialdemokraten, deren Verhetzung nur das Feigenblatt für die arbeiterverschädlichen Absichten der „Reichstreuen“ abgeben muß. Sie haben das allerdings auch schon gewußt und auch schon gesagt, ehe noch die Gründung in Hamburg erfolgt war. Das ist aber für die Dummheit, daß es auch von Mätern der Gelben selbst gesagt wird. Das muß schließlich auch jenen die Augen öffnen, die heute noch schwanken und sich besonders auch bei Diskussionen der Dummheit der Arbeiterfrage, auf die es hier ja allein abgesehen ist, verlassen.

In Anbetracht dessen wollen wir noch vergebens versuchen zu dem neuen „Bund“ der Arbeitwilligen beizutreten: In „Reich“ Berlin gibt Herr Dr. Behring, der die Einleitung der Einleitung der Einleitung...

bettervereine zu der neuen Gründung folgendermaßen wieder:

„Die Welt ist weit und Deutschland ist groß genug, um viele Bestrebungen zur Hebung des Arbeiterwohls und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu vertragen. In Hamburg ist ja auch ausdrücklich erklärt worden, daß man mit den konfessionellen Arbeitervereinen ein friedliches Verhältnis anbahnen wolle und daß man die Bildung von Kartellverbänden aller nichtsozialdemokratischen Arbeiter-Organisationen ins Auge fasse. Nichtsdestoweniger muß ich dem Urteil eines Teilnehmers an der Versammlung zustimmen, welcher sagt: „Die Gründung des Bundes als wirtschaftliche Interessenvertretung aller vaterländischer Arbeiter wird ein Schlag ins Wasser sein... Die vaterländischen und nationalen Arbeiter lassen sich von gewisser Seite nicht mehr bevormunden. Die Arbeiterbewegung ist genug zerstückelt. Sie wird sich nicht noch mehr im Interesse der Arbeitgeber zerstückeln lassen. Licht, Luft und Freiheit für die Entwicklung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß geschaffen werden.“

Als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine aber erkläre ich, daß wir für evangelische Arbeiter, die noch Glauben in sich tragen, die Bezeichnung und das Kennzeichen als „Evangelische Arbeitervereine“ für die allein richtigen und zutreffenden halten. Die Weltanschauung der Sozialdemokratie wird allein durch das volle und ganze Evangelium überwunden. Und darauf kommt es an. Keufere Repression nützt nichts. Das halten wir gegenüber der neuen Gründung, deren Alter schwerlich ein hohes werden wird, unsere evangelische Eigenart und soziale Unabhängigkeit durchaus fest.“

Das bedeutet eine glatte Abgabe an die „Gelben“ und wäre zu wünschen, daß dieses alles geschieht, am nachdrücklichsten aus den Reihen der Arbeiter selbst, um solchen Spielereien mit dem Wohl und Wehe der Arbeiter ein Ende zu machen. Ein beachtenswertes Urteil über dieses seltene Spiel fällt der bekannte Sozialpolitiker Dr. W. Zimmermann in der letzten Nummer der Sozialen Praxis:

„Wir haben es in diesem Bunde nicht mit einem bloßen Kunstprodukt reichsverbändlerischer Agitatoren zu tun, sondern er ist zum Teil ein natürliches Gewächs sozialer Reaktion. Die sozialdemokratische Klassenverhinderung mußte in den Reihen der noch nicht fanatisierten Arbeitererschaft eine Abwehrbewegung zeitigen, da die Zukunftsclassenherrschaft von unten, von der die heutigen sozialdemokratischen Volksglieder vielfach einen gelinden Vorgeschmack geben, alles andere als eine Besserung unter sozialen und freiheitlichen Verhältnissen zu schaffen veripricht. Die kirchlich-Dunklerischen und christlichen Arbeiterverbände lieferten, weil neutrale gewerkschaftliche Organisationen, keine direkten politischen Waffen gegen die Sozialdemokratie. Für eine anti-sozialdemokratische politische Arbeiterpartei war daher noch „Nix frei. Eine Gründung in diesem Sinne hätte den reinen Sozialpolitiker nur indirekt interessiert. Was aber an dem neuen Bund vaterländischer Arbeitervereine die schärfste sozialpolitische Aufmerksamkeit verdient, ist die Tatsache, daß er, von Unternehmern inspiriert, keine eigentliche Stosskraft gegen die roten Gewerkschaften richten will und zwar nicht bloß gegen deren terroristische Auswüchse, sondern recht greifbar praktisch gegen ihre Streitaktive. Ob die nothgedrungen vielfach mit den roten Gewerkschaften zusammenwirkenden christlichen und kirchlich-Dunklerischen Verbände, mit denen der Hamburger Bund freilich eine „Grenzregulierung“ vornehmen will, nicht bald bei dieser Anti-Streitorganisation in dieselbe Verderbtheit geraten werden, scheint kaum noch fraglich.“

Gewiß bedauern alle Sozialreformer den Streikparoxysmus ebenso wie die Aussperrungsjustiz und sie arbeiten ernstlich daran, die „Barbarei des Streiks“ durch vernünftigeren Methoden der Interessenausgleichung zwischen Unternehmern und Arbeitern überwinden zu helfen, aber das in Hamburg mehr oder weniger offen empfohlene Prinzip, den kämpfenden Arbeiterführern in den Rücken zu fallen, ist kein Mittel zur Linderung unserer Arbeiterlamps, sondern ein Mittel zu ihrer schlimmsten Verblüdung und Vergiftung. „Selbe Gewerkschaften“, als welche sich die an allen großen Industrieplätzen (Augsburg, Nürnberg, Magdeburg, Dresden, Berlin, Hamburg, Gera, Crimmitschau, Lehringen usw.) jetzt aufstehenden „Nationalen Arbeitervereine“ trauigeweise vielfach entspringen, können für die Arbeiterwelt eines Landes geradezu verhängnisvoll werden, wie die Erfahrungen des Auslands, Amerikas, Frankreichs, der Schweiz, beweisen. Denn sie erzeugen den Bruchhaß in den Arbeiterreihen, der bei Streiks und Aussperrungen sich allzu leicht in offener Luft macht. Dieser Tage noch hat in Anbetracht der Einleitung der Einleitung der Einleitung...

französische Presse neidvoll gerühmt, wie musterhaft sich die Kiesenarbeitstämmen in Deutschland, ohne Gewalttat und öffentliche Unruhe, im allgemeinen abspielen. Frankreich und die Schweiz können selten einen größeren Streik ohne umfassende Militäraufgebote sich abwickeln lassen, weil häufig blutige Zusammenstöße drohen. Die Schweiz hat ihren „Bund der Gelben“, Frankreich hat seine 6-600000 „jaunes“, nicht gerade zum Segen der Unternehmer und zum ruhigen Gedeihen der französischen Industrie, jedenfalls aber zum Fluche der französischen Gewerkschaftsbewegung, die in ihrer legitimen Betätigung durch die Gelben gehemmt und gelähmt, zu der diabolischen Theorie der action directe, dem Generalstreik und der Sabotage gebrängt worden ist. Mag auch die deutsche Arbeitererschaft zu gut erzogen sein, um jemals in solche Barbarei zu verfallen, schon die Gefahr einer derartigen sozialen Gefinnungsanarchie herauszubehalten, um die geordneten Reihen disziplinierter Gewerkschaften, deren Führer sich allmählich zu den verständigsten friedlichen Förderern wohlgeragelter Arbeit entwickeln, zu sprengen, heißt den Teufel durch Beelzebub austreiben.“

Sehr richtig! Der in Hamburg geborene Wechselbalg wird jedenfalls nur ein kurzes Leben haben. Hinter der gelben Bewegung steht als Macher und Geldgeber der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Schon dieser Umstand zeigt, schreibt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, daß wir es mit keiner ernsthaften Arbeiterorganisation zu tun haben. Es gilt für sie, was die französische Zeitschrift „Justice Sociale“ über die französischen Gelben schrieb: „Eine vulgäre Wahlmache im Dienste der schlimmsten Reaktionäre“, und ebenfalls, was die französische Zeitschrift „Sillon“ über diejenigen schrieb, welche die gelbe Bewegung machten: „Die Leute haben einen maßlosen Geschmack für politische und soziale Abenteuer, die ihnen für einige Tage die Illusion der Aktivität und die Hoffnung auf Segen ohne Mühen geben.“ Aber wie in Frankreich, so hat auch in Deutschland die gelbe Bewegung ihre Ursache und die ist hier wie dort: die antichristliche, antimonarchische, klassenkämpferische und terroristische Sozialdemokratie.

Der Arbeitgeberbund von Ahlen.

Diesem, beziehungsweise dessen Vorsitzendem Herrn Direktor Artmann von den Westf. Stanz- und Emailierwerken, ist der christliche Metallarbeiterverband ein Dorn im Auge. Sein heißes Bemühen, die organisierten Kollegen zu maßregeln, wird den gewünschten Zweck verfehlen, denn die Geschädigten sind nicht die Arbeiter, sondern die Aktionäre des obengenannten Werkes. Dadurch, daß die organisierten Arbeiter entlassen werden, werden dem Werk die besten Kräfte entzogen, wofür Ersatz nicht vorhanden ist. Was mag nun der christliche Metallarbeiterverband angereizt haben, daß der Emailierkönig von Ahlen so gegen den christlichen Metallarbeiterverband erboht ist? Die Frage ist beantwortet, wenn wir uns die Nummer 12 und 15 des Verbandsorgans zur Hand nehmen. In Ahlen bestand nämlich nicht nur die längste Arbeitszeit, sondern auch überaus niedrige Löhne. In einer Reihe von Versammlungen nahmen wir Stellung zu diesen Zuständen, mit dem Erfolge, daß sich nicht nur die Arbeiter mehr und mehr dem christlichen Metallarbeiterverband anschlossen, sondern auch der Fabrikantenverein, der „Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, die Arbeitszeit um 1/2—3/4 Stunde verkürzte.“

In einer weiteren Versammlung, zu der ganz besonders die Arbeiter der Westf. Stanz- und Emailierwerke eingeladen waren, erschien auch der gesamte Beamtenstab, um „antwahr“ Behauptungen zu widerlegen, wie einer der Herren sich geschmackvoll ausdrückte. Kollege Weinbremer forderte die Herren auf, nur ruhig mit der Widerlegerei zu beginnen, aber sie schwiegen in sämtlichen Sprachen; nicht als wenn die Herren überhaupt nichts gesagt, o nein, recht viel wurde geredet, aber ein Widerlegen war's nicht. Eine Probe, was von Seiten der Herren geredet wurde. Es ist allerdings richtig, daß im Jahre 1901 ein Abzug von 20 Prozent stattgefunden, und die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert wurde, dieses war bedingt, weil das Werk mit Unterbilanz arbeitete. Entsprechend der Gesundung der Verhältnisse sei dieses aber weit gemindert worden; die niedrigen Löhne würden wohl immer genannt, aber daß auch Löhne von 5, 6 und 7 Mark gezahlt, davon höre man nichts in den Versammlungen. Außerdem sollte die Aktien...

Stechunterstützung und bei einer militärischen Uebung auch eine ganz ansehnliche Unterstützung. Demgegenüber stellte Kollege Weinbrenner fest:

1. Das Werk hat nicht entsprechend der verbesserten Verhältnisse und aus besserer Erkenntnis die Verschlechterungen vergangener Jahre wett gemacht. Sonst hätte die Arbeitszeitverkürzung schon bedeutend früher stattfinden müssen; jetzt sei dieselbe einzig und allein auf die Organisation der Arbeiter zurückzuführen.

2) Angenommen, es gäbe Arbeiter, die den angegebenen Lohn verdienen, so stände doch die Tatsache fest, daß die übergroße Mehrzahl 2,75, 3,00, höchstens 4 Mk. verdienen. Gewiß hätten in der letzten Zeit Lohnaufbesserungen stattgefunden, dieses sei aber nur auf das Drängen der Organisation erfolgt, nicht auf die bessere Einsicht.

3) Zu den Wohlfahrten sei zu bemerken, daß die Arbeiterchaft nicht so sehr auf Wohlfahrten verzichtet sei, sondern das Bestreben habe, für die geleistete Arbeit einen auskömmlichen Lohn zu erhalten.

Zum Schlusse bemerkte Redner noch, es sei unverständlich, daß die Beamten, die heute kaum Meister geworden, morgen schon dem Werkmeisterverband angehörten, und gleichzeitig dem Arbeiter die größten Schwierigkeiten bei Ausübung seines Koalitionsrechtes in den Weg legten.

Diese Versammlung schlug dem Faß den Boden aus. Die Vertrauensleute sollten jetzt zuerst dran glauben und gemäßregelt werden. Vertrauensmann M. war der erste. Knall und Fall wurde er entlassen. Von einem Beamten wurde ihm gesagt, das kommt her von ihrer Zugehörigkeit zum Verbands. Da nun in Ahlen nur Arbeit durch den Arbeitsnachweis zu bekommen ist, und auch nur dann, wenn der betreffende einen Freischein hat, forderte M. diesen. Da wurde er 3 Wochen hintergehalten, dann bekam er ihn; wir lassen den Freischein hier folgen.

Nr. 252. Ahlen, den 21. März 1907.
Arbeitsnachweisungs-Bureau
des
Arbeitgeber-Verbandes für die Stadt Ahlen.
Oststraße 27.

Name J. M. — Gew. Planiser — Geburtsort —
Rechte Arbeitsstelle U. G. Herrmann, ist freigegeben.
— Dieser Schein ist gültig bis zum 22./5. 1907.
Joh. Wienhener
(Unterschrift des Beamten.)
Für die Firma:
Winkelmann, Panthoff.

Inzwischen war M. bei einem Nichtmitglied des Fabrikantenvereins in Arbeit getreten und beehrte er dieses Nachweises nicht mehr. Um nun der großen Öffentlichkeit einen Einblick in die Musterbude zu gestatten, lassen wir hier einiges folgen. Da ist es zunächst die Arbeitsordnung, hier heißt es:

§ 4. „Die gegenseitige Kündigungsfrist beträgt nach Ablauf der Probezeit 14 Tage. Die Kündigung des Arbeiters ist jedoch nur gültig, wenn sie am Lohnungstage vor der Lohnung stattgefunden hat.“

Also der Arbeitgeber kann so oft es ihm beliebt, von der Lösung des Arbeitsvertrages Gebrauch machen, der Arbeiter nur alle 14 Tage. Was sagt aber die Gewerbeordnung. § 122 gibt uns Auskunft: Das Arbeitsverhältnis zwischen den Gesellen oder den Gehülfen und ihren Arbeitgebern kann, wenn nicht ein anderes vereinbart ist, durch eine jedem Teile freistehende, vierzehn Tage vorher erklärte Aufkündigung gelöst werden. Werden andere Aufkündigungsfristen vereinbart, so müssen sie für beide Teile gleich sein. Vereinbarungen, welcher dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.

§ 17 der Arbeitsordnung sagt folgendes: „Unverheiratete Arbeiter sind verpflichtet, sich mindestens ein Fünftel ihres verdienten Lohnes bei jeder Lohnung einhalten zu lassen. Dieser Betrag wird bei der städtischen Sparkasse zu Ahlen für die betreffenden Arbeiter eingelegt. Von dieser Bestimmung wird nur in ganz besonderen Fällen Abstand genommen und jeder einzelne Fall wird nur seitens des Vorstandes entschieden. Ebenso behält sich der Vorstand vor, besonders eifrige Sparrer durch Prämien zu belegen. Der Sparzwang hört mit dem vollendeten 24. Lebensjahre bzw. mit der Verheiratung auf. Die Sparbücher, welche in Händen der Firma verbleiben und nur bei Aufhören des Sparzwanges bzw. bei rechtmäßigem Verlassen der Arbeit ausghändig werden, können an jedem Tage eines Monats von den Sparern eingesehen

werden. Ein anderer als der Sparrer selbst ist zum Abheben des ersparten Geldes nicht berechtigt.“

Also Bevormundung nach Stumm'schen Muster. Wo solche Arbeitsverhältnisse bestehen, ist es kein Wunder, wenn über Arbeitermangel geklagt wird. Wie groß der Arbeitermangel ist, geht am besten aus dem Reichsarbeitsblatt hervor. Hier heißt es in der Statistik des Ahlener Arbeitsnachweises 1907:

Zahl der im	Arbeitsuchenden		off. Stellen		bei. Stellen	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Dezember 1906	24	1	39	3	8	1
Januar 1907	26	1	36	5	14	1
Februar	23	1	70	5	8	1
März	34	1	60	7	9	—
April	14	1	51	5	8	—

Wie man sieht, offene Stellen genug, aber keine Arbeiter, die sich dafür finden. Die Aufträge sollen und müssen erledigt werden. Da wird zu einem anderen Hilfsmittel gegriffen. Ueberstunden sollen diese Notwendigkeit wettmachen. Ein Arbeiter, der an einem Tage ablehnte, Ueberstunden zu machen, weil er in Folge Ueberanstrengung nicht mehr konnte, wurde von einem Meister die Antwort: „Ihnen gebührt eine Tracht mit dem Dehnenzemer, dann soll die Müdigkeit schon vergehen.“ Die Firmen machen kampfhaft Anstrengungen, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen, in Köln, Berlin und Thale, namentlich vom letzteren Ort, erwartete man Kaufpreiserlösnissen. Wir erwarten von unseren Kollegen, überall Aufklärung zu geben, um Arbeitsuchende vor Enttäuschungen zu bewahren. Die Vorspiegelungen gewisser Agenten erfüllen sich nicht; im Gegenteil.

Dieses sind so einige Dinge, die wir einmal der Öffentlichkeit preisgeben, nach Bedarf können wir dieselben aber noch weiter ergänzen. Am besten merkt man den Kontrast, wenn die Verhältnisse dieses Emaillewerkes verglichen werden, mit denen des Fuldaer Emaillewerkes, in dem die Kollegen, gestützt auf den christlichen Metallarbeiterverband, in den letzten 2 Jahren ihren Lohn um zirka 50 Prozent erhöhen konnten. Aus den ausdrücklichen Abmachungen, die in diesem Frühjahr zwischen den Firmeninhabern und dem Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes als Vertreter der Arbeiter abgeschlossen wurden, greifen wir aus den 16 Punkten den Punkt 8 heraus. Dort heißt es: Für die im Stanzwerk beschäftigten Arbeiter, die seither als Tag- und Nachtschicht arbeiteten, fällt die Nachtschicht weg. — Die Arbeitszeit dieser Arbeiter wird täglich um 2 Stunden verkürzt, und somit eine 8stündige Schicht eingeführt, so daß die erste Schicht von früh 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr arbeitet, die 2. Schicht von 2 Uhr nachmittags bis abends 10 Uhr. Beide Schichten mit den entsprechenden Pausen. Der Lohn dieser Arbeiter wird umsoviel erhöht, daß dieselben den gleichen Verdienst bei verkürzter Arbeitszeit wie vorher haben.

Dieses konnten die Arbeiter nur auf Grund ihrer Organisation erzielen. Dasselbe könnte auch in Ahlen der Fall sein. Darum Kollegen, der letzte Mann muß dem Verbands geführt werden, dann ist es möglich, auch für uns menschenwürdige Zustände zu schaffen. Den Kollegen aller Orten raten wir, es sich zu überlegen bei den Westf. Stanz- und Emaillewerken in Ahlen Arbeit zu nehmen.

Soziale und gewerkschaftliche Kundschau.

Auch Du, mein Sohn Ernst?

Es ist eine bekannte und bedauerliche Tatsache, daß die Bestrebungen der Scharfmacher zur Unterdrückung der Arbeiterorganisationen in einem großen Teil der Werkmeister, Betriebsleiter usw. gefügige Handlanger finden. Tausende von Maßregelungen und andere Chikanen sind auf das Konto allzeitiger und „schneidiger“ Werksbeamten zu setzen.

Die Abneigung der Beamten gegen die Bestrebungen der Arbeiter zeigte sich oftmals ganz scharf in Zeiten des Streiks, wo die Vorgesetzten selbst mit Anstrengung tätig waren, um die Betriebe im Gang zu halten, damit die Arbeiter in dem geführten Kampfe unterliegen sollten. Es ist selbstredend, daß denkende Vorgesetzte, die sich über ihre häufig unwürdigen Verhältnisse klar waren, solche gegensätzliche Stellung nicht einnehmen konnten, fern ist es klar, daß die Angestellten, welche für die Verbesserung ihrer Stellung und ihrer Standeslage tätig waren und sind, nicht ablehnend gegen die vorwärtstrebenden Arbeiter vorgehen können, weil sie wußten, daß eine Hebung der Standeslage der Arbeiter unbedingt eine Besserstellung der Beamten mit sich bringen mußte.

Sehr scharf gingen auch in den letzten Jahren viele technische Grubenbeamte vor, welche als ihre Hauptaufgabe betrachteten, die Arbeiterorganisationen unmöglich zu machen. Doch auch in diesen Kreisen scheint es zu dämmern, denn auch hier treten bereits ernste Bestrebungen zu Tage, welche zur Organisation drängen. So haben in letzter Zeit im rheinisch-westfälischen Revier Versammlungen der Grubenbeamten stattgefunden, bei welchen schon Maßregelungen mitgeteilt wurden, von denen hervorragend Beteiligte betroffen worden sind. Sie sind aus denselben Gründen gemäßregelt worden, wie schon ungezählte schlichte Arbeiter, die nur von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten und dafür von Handlangern des Kapitalismus brotlos gemacht wurden. Jetzt müssen dieselben Beamten das am eigenen Fleisch verspüren, was manche aus ihren Reihen den Arbeitern angetan haben. Die Köln. Ztg. berichtete kürzlich:

Essen, 27. Mai. Etwa 200 Bergbeamte der Provinz Westfalen haben hier gestern über die Gründung eines Westfälischen Bezirksvereins des Deutschen Bergbeamtenvereins beraten. Der Steiger Werner aus Neumühl legte die Gründe dar, die die Bildung eines Bergbeamtenvereins rechtfertigen und notwendig erscheinen ließen. Mit der Organisation hätten die Beamten der Schatzgruben schon den Anfang gemacht; auch sei eine eigene Zeitung gegründet worden. In den Bergbeamtenverein sollten nur geschulte Steiger aufgenommen werden; ungeschulte Kräfte und Vorgesetzte sollten keine Aufnahme finden. Der Redner ging dann noch auf die Lage der Steiger ein, die unter dem großen Zustrom von fremden Arbeitern, österreichischen und polnischen, stark zu leiden hätten. Mit diesen Leuten zu verkehren sei viel schwieriger als mit den geschulten deutschen Arbeitern; auch die Arbeitsleistung der fremden Arbeiter stehe hinter der der deutschen weit zurück. Zum Schluß forderte der Redner auf, den Beitritt zu dem Verbands auf schriftlichem Wege vornehmen zu wollen, auch sollte aus wirtschaftlichen Gründen die Mitgliederliste geheim gehalten werden. Diese Maßnahmen seien notwendig infolge der Vorkommnisse, die sich an eine kürzlich in Osterfeld abgehaltene Versammlung angeschlossen hätten. Er, der Redner, habe seine Stellung verloren, während ein anderer Teilnehmer den Vorsitz in der Ortsgruppe habe niederlegen müssen. Die Versammlung beschloß hierauf im nächsten Monat in Gelsenkirchen eine Versammlung abzuhalten, die jedoch mit Rücksicht auf den Widerstand, den die Rechenverwaltungen den Bestrebungen des Verbandes entgegensetzen, geheim gehalten werden soll.

So bedauerlich wie die Maßregelungen sind, welche in der Versammlung besprochen wurden, so erfreulich ist es, daß endlich die Werksbeamten zur Einsicht kommen. Sobald diese Einsicht noch allgemeiner verbreitet wird und zur Anerkennung gelangt, werden auch die Gegensätze gegen die Arbeiterorganisationen verschwinden. Wollen die Beamten und Angestellten selbst durch Organisation ihre Lage verbessern, so können sie unmöglich Gegner der Arbeiterorganisation sein, getreu dem Spruchwort:

Was Du nicht willst, was man Dir tu,
Das füg auch keinem andern zu.

Der erzieherische Wert der Organisationen.

nicht nur auf Seiten der Arbeiter, sondern auch bei den Arbeitgebern, findet in den württembergischen Gewerbeinspektionsberichten für das Jahr 1906 folgende erfrischende Würdigung:

„Die Früchte des Zusammenstufes der Unternehmer machen sich heute durch eine viel ruhigere und würdigere Behandlung der Arbeiterfragen seitens des einzelnen bemerkbar. Die Erziehungsarbeit der Unternehmerverbände ist unverkennbar. Dadurch, daß alle Streitfragen eine kollektive Behandlung erfahren, werden sie in den Gedankenkreis eines jeden Verbandsmitgliedes eingeführt; sie müssen vor ihm innerlich verarbeitet werden. Die verschiedenen Gedanken und Anschauungen werden in gemeinsamen Erörterungen gewürdigt und erklärt. Der sozialpolitische Probleme vom Standpunkt der eigenen Interessen durchzuarbeiten, sich in ihnen zurechtzufinden und sie mit den Interessen weiterer Kreise in Einklang zu bringen, befähigt die Engherzigkeit der man in Handwerkerkreisen trifft bei der Beurteilung der Arbeiterfragen begegnet ist. Jedem falls hat diese soziale Durchbildungsarbeit der Verbände wesentlich dazu beigetragen, den friedlichen Abschluß von Tarifverträgen zu erleichtern.“

Das besondere Interesse verdient auch die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß durch die Unternehmervereine des Handwerks und der Großindustrie der früher mit Jähigkeit festgehaltene Grundsatz, nur mit den einzelnen Arbeitern eines Werkes und nicht mit deren Verbandsleitern zu verhandeln, allmählich verlassen wird.

Bei den Metallindustriellen ist diese Erziehung allerdings noch sehr weit zurück. Hier muß die Organisation der Arbeiter noch nachhelfen.

Gelber Terrorismus.

Die gelben Gewerkschaften sind angeblich entstanden, um dem „Terrorismus“ der Organisationen entgegen zu treten. Dabei üben die Macher dieser Vereine selber aber einen bewußt schamlosen Zwang aus und Terrorismus aus, daß er wohl kaum in seiner ausgeprägtesten Raffinerie übertrifft werden kann. Einen drastischen Beweis dafür lieferten die Krankenkassenwahlen in der Augsburger Maschinenfabrik, wo das gelbe Fieber bekanntlich die meisten Opfer gefordert hat. Die Gelben stellten hier natürlich eine eigene Liste auf und sandten dieselbe an sämtliche Mitglieder mit folgendem Begleitschreiben:

„Augsburg, 25. Mai 1907. An unsere werten Mitglieder! — Krankenkasse für Werk Augsburg. — Wahl der Vertreter der Kassamitglieder.“

Wir schlagen unsere wahlberechtigten Mitglieder vor, die auf beigefügtem Zettel verzeichneten Stellen zu wählen. Dieser Zettel kann gleich als Wahlzettel benutzt werden. — Freundlich grüßend! Arbeiter-Verein von Werk Augsburg (G. B.) Der stellvertretende Vorsitzende der Vorstandschaft. Wilhelm Schwinger.“

Das wäre nun weniger schlimm und kein Terrorismus gewesen, aber das schönste kam nach. Diejenigen Arbeiter, die eine andere als die gelbe Liste wählen wollten, mußten ihre unbeschriebenen Wahlzettel im Kontor des Meisters abholen, wo der Name eines jeden fein säuberlich niedergeschrieben wurde. So getraute sich keiner der vielen untreuen willigen gelben Mitglieder, sich einen unbeschriebenen Zettel zu holen, weil er sonst sofort als „verdächtig“ in das schwarze Buch kommen mußte. Ein gelbes Mitglied, das trotzdem den Versuch machte und von einem Meister einen unbeschriebenen Wahlzettel verlangte, wurde abgewiesen, er (der Meister) habe keine weißen Zettel für die Mitglieder des gelben Vereins. Die Einteilung der einzelnen Abteilungen war ebenfalls ganz willkürlich zu Gunsten der Gelben vorgenommen. Und solche Leute haben die dreiste Stirne, über Terrorismus der Roten und Schwarzen zu zetern.

Ein 37-jähriger Streit.

Aus Solingen wird der Köln. Volksz. am 31. Mai d. J. berichtet: „Nach 37-jähriger Dauer wurde dieser Tage hier ein Streit aufgehoben. Im Jahre 1870 verhängte der Scherenschleiferverein über die Firma Carl Döhler, die das vereinbarte Preisverzeichnis (Stücklohntarif) nicht anerkannt hatte, den Streit, und dieser Streit wurde in der ganzen langen Zeit unversöhnt erhalten. Die Firma vermochte sich aber mit den Unorganisierten zu begnügen, bis vor kurzem die Gründung des Industriearbeiterverbandes erfolgte, und auch die anderen dem Verbands angehörenden Gewerkschaften den Streit über die Firma D. verhängten. Nunmehr wurden erneut Verhandlungen angesetzt, die zur Anerkennung des Preisverzeichnisses und zur Zahlung einer „Kriegskostenabfindung“ seitens der Firma führten. Der Streit wurde darauf beendet.“ Mit diesem Untergang von Streit ist die Dauer des dreißigjährigen Streites überholt und jedenfalls der Rekord gebrochen.

Einem Arzt als Gewerbeinspektor.

„Neben dem Gewerbeinspektor haben seit vorigem Jahre auch das Königreich Württemberg ausgewählte. Die Jahresberichte der Gewerbeinspektoren im Königreich Württemberg für das Jahr 1906 sprechen sich über die neue Einrichtung wie folgt aus: „Schon die während einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit erfolgte Mitarbeit eines ärztlichen Mitgliedes war für den Teil der Gewerbeinspektion, welcher die Gesundheitsfrage gesundheitlicher Verbesserungen in Betrieben betrifft, von großem Nutzen.“

vorgängen zum Gegenstand hat, sehr werthvoll. Seine besonderen Kenntnisse auf dem umfangreichen Gebiet der Gewerbehygiene setzen nunmehr die Gewerbeinspektion in Stand, im Zusammenwirken mit ihm auch auf die Beobachtung und tiefere Erforschung von Gewerbekrankheiten ein besonderes Augenmerk zu richten und den Schutz der Arbeiter vor Gefahren für ihre Gesundheit in vermehrtem Umfang wahrzunehmen.

Ungeachtet dieser günstigen Erfahrungen werden auch die übrigen Bundesstaaten trotz etwaiger Bedenken nicht daran vorbeikommen, neben volkswirtschaftlich gebildeten Technikern und Chemikern auch Ärzte im Hauptamt zur Gewerbeaufsicht heranzuziehen!

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Aussperrung im Maingebiet.

Die Dauer des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Wiederholte Verhandlungen sind gescheitert und dadurch hat sich die Lage noch verschärft. Die Unternehmer geben sich jetzt die größte Mühe, gelbe Gewerkschaften nach Augsburger Muster ins Leben zu rufen. Ob mit Erfolg ist doch sehr zweifelhaft. Die Vorarbeiten dafür sind allerdings von den Sozialdemokraten schon seit Jahren hier geleistet worden. Es fragt sich nun, ob die Arbeiter charakterlos genug sind, sich als Werkzeuge gegen ihren eigenen Stand mißbrauchen zu lassen. Damit kann dem sozialdemokratischen Terrorismus und Radikalismus doch nicht wirksam begegnet werden.

Nunmehr erscheinen auch schon die Symptome des Streikbrecher-Terrorismus. Eine Firma für Streikbrecher-Versicherung hat an den Arbeitgeber-Verband folgendes Schreiben gerichtet:

„An den Arbeitgeberverband der Metallarbeiter Frankfurt a. M.“

Aus hiesigen Blättern erfahren wir, daß bei Ihnen ein Streik der Metallarbeiter ausgebrochen ist. Wenn Sie meine Dienste in Anspruch nehmen wollen, hoffe ich, Ihnen genügendes Personal zuführen zu können. Ich habe bereits für den Hafenbetriebsverein in Hamburg sowohl als auch in Königshagen viele Arbeiter besorgen können und hoffe ich, Ihnen dasselbe zu verschaffen. Bitte Bedingungen.

Hochachtungsvoll G. Mattern, Elbing, Privatsekretär, Neuch. Wallstr. 13.“

Dieses Schreiben, welches durch sozialdemokratische Blätter veröffentlicht wurde, zeigt sehr deutlich, welche Giftquellen zur Niederwerfung des Arbeiterstandes am sprudeln sind. Das ist doch schließlich nichts anderes wie der reinste Sklavenhandel im Dienste des Unternehmertums.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlung ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Verantwortung vor dem Ausgang fort.

Werdohl. Bei der Firma Goldmann u. Comp. stehen die Arbeiter im Streik.

Barmen. Die Riemengangschlosser stehen im Streik resp. in Aussperrung.

Schwelmungen (Württemb.). Bei der Firma Joh. Jädle, Metallwarenfabrik, sind Differenzen ausgebrochen wegen Maßregelung. Aussperrung angekündigt.

Dinklage. Differenzen wegen Maßregelungen. Aussperrung sämtlicher Arbeiter.

Gelsenkirchen. Ueber die Dreherei und Schlosserei der Firma Gussstahl- und Eisenwerke vorm. Munscheid & Comp. ist die Sperr verhängt. Grund: Fortwährende Lohnabzüge und sonstige Mißstände.

Die Klempnergehilfen stehen in einer Tarifbewegung. Kündigung läuft am 4. Juni ab. Streik ist wegen schroff ablehnender Haltung der Arbeitgeber unvermeidlich.

Solingen. Die Firma Hammesfahr hat ihre Arbeiter ausgesperrt, auch die Mitglieder unseres Verbandes.

Offenbach. Tarifbewegung in der Maschinenindustrie. 60 Proz. sämtlicher Metallarbeiter im Maingebiet sind ausgesperrt.

Magdeburg. Die Klempnergehilfen streiken.

Dortmund. Die Klempnergehilfen stehen im Streik.

Ahlen. In den Metallischen Stanz- u. Emailierwerken Differenzen wegen Maßregelung.

Köln. Die Kunst- und Bauhölzer der Firma Fritz Gieseler, Köln-Brunnfeld, legen wegen Nichthalten des Tarifs die Arbeit nieder.

Zugang ist ferngehalten.

Bekanntmachung.

Sämtliche Korrespondenzen, welche den Verband betreffen, sind nur zu adressieren: „An die Geschäftsstelle des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Duisburg, Eeltenstraße 19“. Die Ortsvorstände und freigestellten Beamten sind gehalten, dieses strikte inne zu halten. **Wieber, Verbandsvorsitzender.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Juni der fünfundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 23. Juni 1907 fällig.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden die früheren Mitglieder Kühner, Buchnummer 58 092, Rohleder, Buchnummer 58 095 und Algeter, Buchnummer 58 085 wegen Streikbruch auf Antrag der Gruppe Sinsheim. — Martin Penkowski, Buchnummer 1276 wegen Schädigung des Verbandes, begangen durch betrügerische Erschleichung von Unterstützung.

Der Zeitungsabrechnung an die Ortsgruppen liegen Abrechnungsschemata zur Abrechnung vom zweiten Quartal 1907 und die Zählkarte für die Arbeitslosenstatistik vom Kaiserl. Statistischen Amt bei. Abrechnung und Zählkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe zu übergeben. Auf der Arbeitslosenzählkarte hat der Kassierer der Ortsgruppe die Mitgliederzahl anzugeben, die Zahl der Arbeitslosen, nicht der Kranken und derjenigen, die sich als auf der Reise befindlich am Ort gemeldet haben. Ebenso ist die Zahl der Arbeitslosentage und die ausgezahlte Arbeitslosen- und Reiseunterstützung anzugeben. Die Karte darf nicht früher und auch nicht später als in der Zeit vom 1. bis 4. Juli eingeliefert werden. Jede Ortsgruppe muß ihre Ehre darin setzen, die Zählkarte richtig auszufüllen und pünktlich einzuliefern. Wo aus Versehen die Formulare und Karte nicht dem Zeitungsbeutel beiliegen sollte, ist dies sofort an die Zentrale zu melden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Kiel. Am 25. Mai d. J., abends 9 Uhr, fand eine öffentliche Versammlung des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes in der kleinen Börse zu Kiel statt. Kollege Held referierte über die Tätigkeit unseres Verbandes, speziell bei der Kaiserlichen Werft zu Kiel. Redner griff auf die öffentliche Novemberversammlung vor. J. S., sowie auf die zu derselben Zeit erfolgte Flugblatt- und Fragebogenverteilung über ganz Kiel, zurück. Durch die gewissenhafte Ausführung der Fragebogen sollte ersichtlich werden, ob der Arbeiter soviel verdient, daß er ohne Mithilfe von Frau und Kind seine Familie in rechtschaffener Weise ernähren kann. Auch hatten zu dem selben Zweck 9 Familien ihre genaue Einnahme und Ausgaben des letzten Jahres dem Vorstand unterbreitet. Die 200 Fragebogen, welche wieder zurück kamen, zeigten aber, daß obiges meist nicht der Fall war. So waren viele Frauen gezwungen, durch Morgenstellen oder Altermiete ihren Mietzins herauszuschlagen und mancher Familienvater mußte Sonntags die Stiefel seiner Familie selbst bescholen, da für den Schuster kein Geld übrig war. Ueberstunden wurden freiwillig gemacht, damit die Kinder die nötigste Kleidung erhalten konnten. Es stellte sich also heraus, daß der Arbeiter unter den Produktionskosten arbeitete und gab so ein statistisches Material zu einem Antrag um Teuerungszulage auf der Kaiserlichen Werft zu Kiel, da nach dem letzten Tarif alle Staatlichen Werften gleiche Lohnverhältnisse haben.

Das Leben der Kieler Werftarbeiter ist aber karger als das der zu Danzig, weil erstere für das selbe Quantum von Nahrungsmitteln mehr zu zahlen haben als letztere. Da die Marine der Grund zu dieser Teuerung ist, so wäre es Pflicht der Marinerverwaltung, wenn sie den bei ihr beschäftigten Arbeitern eine dementsprechende Lohnverhöhung zuteil werden ließe.

Auch andere Uebelstände brachte Kollege Held zur Sprache. Mit Einführung des Neunfundentages ist auch eine Lohnreduzierung eingetreten. So erhielten die Arbeiter der Nachtschicht 10 Pfg. pro Stunde mehr. Dieser Ueberbuhndengroschen, wie er im Betriebe genannt wurde, fällt jetzt seit der Einführung des Neunfundentages für die ersten neun Nachtschichten fort. Dieses macht in der Woche 6 mal 90 Pfg. gleich 5,40 Mark. Bei jeder Lohnzahlung laßt ein Abzug von 10,80 Mark. Diesen Abzug muß

Jeder Arbeiter der Nachtarbeit hat empfinden, besonders da er in der Nacht mehr für Nahrung nötig hat als am Tage.

Ein großer Lohnunterschied findet sich auch bei den Siegern, Arbeitern, welche den Hausdienst für Werk und Wotte machen; z. B. Heizen der Kessel auf den Dampfmaschinen, Verholten von Schiffen usw. Ueberstunden für den Hausdienst werden nicht bezahlt. Die für die Flotte tätigen Sieger erhalten Monatslohn, welcher meist bei 80 Mk. anfängt und alle 3 Jahr um 10 Mark erhöht wird bis zu einem Höchstlohn von 110 Mark. Dieser Monatslohn bleibt gleich, einerlei, ob der Arbeiter um 5 Uhr anfangen muß oder erst um 6 1/2 oder ob er abends länger arbeitet oder nicht. Würden sämtliche Sieger Stundenlohn erhalten, so wäre dieser Uebelstand ausgeschlossen.

Auch das Akkordsystem wurde in Erwägung gezogen. Der Arbeiter hat über seinen Akkord keine Kontrolle, weiß also nie genau, wieviel Akkordgeld er zu beanspruchen hat, sondern ist bloß auf die Aussagen und Berechnungen der Werkmeister und Vorarbeiter angewiesen. Es ist z. B. schon öfters vorgekommen, wenn ein Arbeiter nach Fertigstellung des Akkords auf 20 Mark gerechnet hat, daß er bloß 2 oder noch weniger erhielt. Die Wichtigkeit der Ansprüche von Seiten der Arbeiter will Redner nicht behaupten, da der Arbeiter ja keine genaue Kontrolle hat, aber die Enttäuschung, welche er am Akkordtag oder eine Woche vorher, wenn er auf der ausgehängten Tabelle nachsieht, wird nicht immer die Zufriedenheit fördern, besonders wenn von andersdenkenden Kollegen auf ihn eingewirkt wird. Würde der Arbeiter mit jedem Akkord eine genaue, eigene Kontrolle in die Hände bekommen, würde diese Enttäuschung, welche ja auch ein starker Nährboden der Sozialdemokratie ist, fortfallen und das Reichsmarineamt würde eher auf mehr nationalgesinnte Arbeiter hoffen können.

Dieses Material wurde dem Bundesrat zugesandt, welcher es dem Reichstage als Material übergab. Unser erster Vorsitzender Kollege Held wandte sich um Vertretung unserer Interessen im Reichstage an Dr. Spahn. Am 6 Mai dieses Jahres kamen die Arbeiterverhältnisse der Kaiserlichen Werften im Reichstag zur Sprache und unsere Anliegen wurden in sehr guter Weise von Herrn Dr. Spahn vertreten. Herr Abg. Mommsen sprach mehr über die Verhältnisse der Kaiserlichen Werft zu Danzig und gab auch eine Berichtigung über eine von Herrn Abg. Zubeil falsch hingestellte Aussage eines Beamten der Kaiserlichen Werft zu Kiel. Herr Admiral von Tirpitz, der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, hat in Beantwortung der Reden der Herren Mommsen und Dr. Spahn die Hoffnung und den Wunsch ausgesprochen, daß das Reichsmarineamt nächstes Jahr im Etat mit Hilfe des hohen Hauses mehr zur Besserung der Lage des Arbeiters tun werde.

Im den Vortrag schloß sich eine sehr lebhaft diskussion an. Auch Vertreter des H. D. Vereines, welche wir als Gäste hatten, nahmen an derselben teil. Unter anderem wurde auch das geordnete und für jeden Arbeiter übersichtliche Akkordsystem der Germania Werft erwähnt und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Kaiserliche Werft bald der Germania Werft, in dieser Beziehung nicht mehr nachstehen möge.

Im Schlusssatz forderte der Referent alle Anwesenden auf, auch ferner tüchtig mitzuarbeiten, damit der christlich-soziale Metallarbeiter-Verein sich auch in Kiel weit auszubreite und immer mehr für die Arbeiter leisten könne. Er schloß mit Schillers Worten: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.“ Um 11 1/2 Uhr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den christl.-soz. Metallarbeiterverband geschlossen.

Schweiler. Es ist dringend notwendig, daß wir durch das Verbandsorgan einmal an die Metallarbeiter von Schweiler und Umgegend herantreten. Unsere Ortsgruppe ist stets ein Schmerzenskind unseres Verbandes gewesen, und viel haben die hiesigen Metallarbeiter an ihrem eigenen Interesse gelitten. Damals wurde gegen alle gewerkschaftliche Disziplin eine Bewegung heraufbeschworen, dann kam die unausbleibliche Niederlage und die Metallarbeiter, von falschen „Freunden“ beraten und von Gegnern der christlichen Organisation aufgehetzt, glaubten nun den christlichen Metallarbeiterverband dafür verantwortlich und kehrten ihm zum großen Teil den Rücken. Jetzt bösen sie in den Tag hinein und müssen sich alles gefallen lassen. Aber auch unsere Mitglieder tun nicht wohl und ganz ihre Rechte...

Man braucht nur der Versammlungsbefugnis zu sehen, so hat man ein Bild von der großen Interessenlosigkeit der Kollegen. Trotzdem sind unsere Versammlungen immer ausverkauft. Immer wird ein Vortrag über soziale Fragen und Versicherungsgelegenheiten gehalten. Aber meistens glänzt die größte Anzahl der Kollegen durch Abwesenheit. Ist das Nacht? Ist denn die Lage der hiesigen Metallarbeiter eine so glänzende? Nein Kollegen! Jetzt bei der hochgehenden Konjunktur sind in den Werken Arbeiter, die für 2, sogar für 3 Mann schaffen. Wo will das hinaus? Wird in den Werken die Gewerbeordnung für jugendliche Arbeiter eingehalten? Sind nicht viele jugendliche Arbeiter, die zur Nachtschicht müssen! Ein ganz trostloses Bild sieht man des Sonntagmorgens, wenn die Leute von der Nachtschicht kommen. Bis 7 und 8 Uhr, sogar bis 9 Uhr kommen die Leute von der Nachtschicht gezogen. Müde nicht die Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften in den Werken, wo an Walzen und Schweißöfen geschäftet wird, viel zu wünschen übrig? Aber man erhält von März bis Oktober Standhaftigkeitsprämie; auch die heiratsfähigen jungen Leute, damit sie sich das nötige Geld zum Heiraten ersparen können, wie der Herr Direktor vor einiger Zeit in einem Flugblatt hervorgehoben hat. Und jetzt wird drauf los geschuftert.

Die Kollegen denken nicht, daß es einmal anders werden kann. Auch gibt es hier Werke, wo noch 11 Stunden gearbeitet wird. Auf einem Werke, F. A. Neuman, Kesselschmiede, die augenblicklich viele Aufträge hat, sogar 11 1/2—12 Stunden, und Samstag nachts bis 12 Uhr. Wird die Konjunktur aber schlechter, so ist dieses Werk sofort bei der Hand mit Kündigungen und Feierschichten. Dann werden bloß 7—8 Stunden täglich gearbeitet. Und fast immer zur Winterzeit, wo die Bedürfnisse am größten sind. Dann erschallt der Ruf nach Hilfe; dann erst kommt die Befinnung.

Darum Kollegen, bekümmert euch bei Zeiten, und sorgt, daß ihr eine Stütze an der Organisation erhaltet, damit ihr im gegebenen Falle für euer gutes Recht eintreten könnt. Alles um euch herum schießt sich zusammen. Eure Arbeitgeber sind schon längst straff organisiert. Die erkennen den Wert des Zusammenschlusses besser als ihr. Die hiesigen großen Werke haben sich verschmolzen, so daß in Schweiler fast nur ein Arbeitgeber ist. Gibt euch das nicht zu denken! Hört doch den Mahn- und Bedruf der Organisation, und dann hinein in die Versammlungen. Schützt euch vor Arbeitslosigkeit und Krankheit. Unsere Ortsgruppe hat seit dem 1. Januar 1907 schon 200 Mk. an Kranken- und Umzugsunterstützung ausgezahlt. Darum fort mit dem Schlandrian. Zeigt mehr Opferfreudigkeit und gewerkschaftliche Schulung. Auf in die Versammlungen! Bei der nächsten Versammlung am 9. Juni darf keiner fehlen. Jeder muß Agitator sein. Einigkeit macht stark!

Schw.-Gmünd. Unsere leitenden Metallgenossen am hiesigen Orte haben anheimend den Kopf verloren. Nachdem sie eingesehen haben, daß all ihre Machinationen und Verleumdungen gegen unsern Verband nichts nützen, sondern daß eine recht stattliche Anzahl von Kollegen und Kolleginnen das Genossenlager verlassen und sich unserem Verbandsangehörigen, glaubte man am besten durch einen sogenannten „Hüterritt“ des Obergewerks Vorhölzer die Sacke wieder ins Reine zu bringen. Unter großem Lärm und Geschrei wurde eine Versammlung angefangen, in der den verhafteten Christlichen der Caraus gemacht werden soll. Vorhölzer, der Mann, der seinen Mitgliedern befiehlt zu strecken und wenn sie nicht folgen, mit der Hundepötte herauszuholen will, referierte über das Thema: „Ein Schwindelmannöver des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes“ und zwar, wie aus dem betreffenden Verbandsbericht zu ersehen ist, nach dem Schema: „Haltet den Dieb, haltet den Dieb“. Man wollte anheimend im Genossenlager die Sache interessant gestalten und deshalb lud man unsere beiden Kollegen Kollostrath und Gerhard auch ein. Wir fühlten nun gar keine Ursache, dem Gegner das Lokal zu füllen, und ihnen ihre Versammlung interessant zu machen, sondern hielten eine eigene Versammlung ab, mit dem Thema: „Wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband sein gesunkenes Renommee wiederherstellen will“.

Die beiden Referenten zeigten unseren Kollegen nun klar und deutlich, auf welcher Seite geschwindelt wird. Tag für Tag wird immer mit neuen Traktätschen und unlauberen Mitteln gegen die bösen Christlichen operiert. Einmal suchen die Genossen unsere Kollegen damit aufzuheben, wir senden alles an die Zentrale und verwenden nichts auf die Unterstützung am Ort. Ein andermal wird damit operiert, die Christlichen verwenden alles für Unterstützung am Ort und senden nichts an die Zentrale.

mit letzterem wollen sie verfahren, was dann unter wachen wrenns drauf ankommt, nicht leistungsfähig wäre. führender Genosse Sch. behauptet, ein Mitglied des Verbandes war auf unserer Geschäftsstelle, verlangt Unterstützung und Kassierer Müller hat ihm die Zahlung verweigert, mit der Bemerkung: „Es ist Geld da“. Öffentlich wird dieser Herr seine Verleumdungen auch beweisen. Wir würden uns sonst genötigt sehen, die entsprechenden Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen. Das ist so eine kleine Blütenlese Verleumdungen und Schwindeleien, deren Spuren bis in das Lager der leitenden Metallgenossen verstreut sind und die jedenfalls auch dazu dienen sollen, Mitglieder auf die Christlichen zu hegen und sie so direkt für die bald in Kraft tretende Beitragserschöpfung zu begeistern. Hoffentlich sieht die Arbeiterschaft Gmünd und Umgebung jetzt bald noch mehr ein, man im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband darauf ausgeht, zum Gaudium der Arbeitgeber, Arbeiterschaft auf einander zu hegen und zu entzweien. Darum Kollegen und Kolleginnen muß die Parole lauten: „Hinein in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband“.

Grünbach (Wrtbg.). Daß die Organisation die Arbeiterschaft großen Wert hat, davon haben Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppen Neuningen und Wilsoldingen in letzter Zeit Beweise genug erhalten. Als im vorigen Jahre, im November, die Arbeiterschaft unserem Verbandsangehörigen, glaubte wohl der Unternehmer und seine Trabanten mit uns bald fertig zu sein. Aber vergeblich war alles Hoffen. An der Geschlossenheit der Arbeiterschaft, die sich in ihrer Mehrheit der Organisation (nur unser Verband kommt in Frage) geschlossen hatten, scheiterten alle Machinationen und sehen wir heute, daß bereits der Unternehmer uns schon einiges von dem „freiwillig“ gibt, was wir verlangt. Zuerst wollte man allein „Herr im Hause sein“ und heute hat man einen von der Arbeiterschaft gewählten Arbeiterausschuß wohl oder übel anerkennen müssen. Noch vor kurzer Zeit war man der Ansicht, daß die Löhne die besten weit und breit seien, aber jetzt werden diese Löhne freiwillig bis zu 40 Pfennig pro Tag verbessert. Auch noch verschiedenes andere wird „freiwillig“ gewährt, unter anderem auch eine Badeanstalt errichtet, was die Arbeiterschaft mit Freuden begrüßt.

Also Kollegen und Kolleginnen vom Betrieb Grünbach, seht was ihr alles erreichen könnt, wenn ihr euer Ganzes bildet, wenn ihr euch Schulter an Schulter stellt und um so vereint für die Verbesserung eurer wirtschaftlichen Lage einzutreten. Darum noch fester und inniger schließt euch um das Banner eures Verbandes und folgt der Parole: „Einer für Alle und Alle für Einen“.

Aus dem Distrikt. Eine großartig beschlossene öffentliche Volksversammlung christlich-nationaler Arbeiterschaft fand am 2. Juni im größten Saale in Dillenburg statt. An Stelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten Grafen Behrens-Essen war Herr Florenz Gahn-Essen erschienen. Nach einem Referate des Herrn Gewerkschaftssekretärs Schmidt-Dillenburg über die Gewerbeberichtsfrage und Annahme einer diesbezüglichen Resolution redete Herr Gewerkschaftssekretär Buchner-Siegen über den § 23 des neuen Einkommensteuergesetzes. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Nach einem Referate über das neue Einkommensteuergesetz und den § 23 desselben, welcher jeden Arbeitgeber bei Strafe bis zu 300 Mk. verpflichtet, die Lohnlisten seiner Arbeiter und Privatangestellten (Vorarbeiter, Meister, Grubenbeamte usw.), sofern deren Einkommen 3000 Mk. nicht übersteigt, behufs Steuerfestsetzung an dem Bürgermeisterrate einzureichen, erklären die Vertreter der gesamten Arbeiterschaft des Distriktes und angrenzenden Bezirke, welche am 2. Juni in Dillenburg versammelt, diese Bestimmung für einen ungerechten Ausnahmestand und fordern dessen Beseitigung.“

Um dieser ungerechten und harten Ungleichheit entgegenzuwirken, hält die Arbeiterschaft die Einführung der allgemeinen Selbststeinschätzung bei allen Steuerzahlern für empfehlenswert. In Erwägung, daß Ueberstunden und Nebenlöhnen nur dann gemacht werden, wenn der Betrieb es erfordert, oder Gefahr im Verzuge ist, bei den Erz-Bergarbeitern aber sehr häufig gemacht werden müssen, um bei den niedrigen Löhnen am Jahrestage eine höhere Einnahme zu erzielen, Ueberstunden und Nebenlöhnen aber sehr anstrengen und den Arbeiter früher ausreizen, selbige zudem dem Geiste des Berggesetzes zuwiderlaufen, sollten bis zum Betrage von 300 Mark Ueberstunden und Nebenlöhnen nicht in Anrechnung kommen.

In der ferneren Erwägung, daß die Kaufkraft des Geldes zurückgegangen, halten wir eine Herabsetzung der steuerfreien Grenze von 900 auf 1200 Mark für sehr erstrebenswert.

Um einen sehr wünschenswerten Ausgleich zwischen kinderlosen, resp. Kinderarmen und kinderreichen Steuer-

zahlen herbeizuführen, halten wir es für sehr gerecht und durchführbar, daß anstelle von 50 Mark für jedes Kind unter 14 Jahren 150 Mark in die Kasse gerufen werden. Dieser Satz entspricht ungefähr der Pflegetaxe, die für Waisenkinder gezahlt werden.

Die Vertreter der Arbeiterschaft des Mittelwesens ersuchen die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands sich diesen Vorschlägen anzuschließen.

München. Jedes Mittel ist dem „Gehobenen“ recht, wenn sie gegen unfern Verband zu Felde ziehen. Dem Geschäftsführer Schinger des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat sogar unsere Beitragserhöhung von 60 auf 70 Pfg. als Agitationsmittel herhalten müssen. Traurig aber wahr, aber auch bezeichnend für die Agitationsmoral solcher „Führer“. In einer Versammlung hat Schinger die Metallarbeiter aufgefordert, unserm Verbands nicht beizutreten resp. aus demselben auszutreten, weil wir jetzt 70 Pfg. Beitrag beschließen hätten, um einen Beamten anzustellen. Trotz des muß es um eine Sache bestellt sein und ebenso um die gewerkschaftliche Durchbildung derjenigen Leute, die mit solchen Argumenten agitieren müssen. Jetzt haben die sozialdemokratischen Metallarbeiter ebenfalls eine Beitragserhöhung von 10 Pfg. auf der ganzen Stufe beschlossen, wie wird nun Schinger seinen eigenen Nachläßern diese Erhöhung plausibel machen? Wir lehnen es natürlich ab, diese Erhöhung zur Verheerung der sozialdemokratischen Mitglieder auszuschlachten, auf diese niedrigste Stufe der Agitation wollen wir dem Herrn Schinger nicht folgen. Jeder halbwegs denkende Gewerkschaftler wird solche Agitationsmittel ablehnen, das bringt nur ein freigestellter Beamter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes fertig. Das Bemühen Schingers ist jedoch vollständig ergebnislos gewesen, er hat seine „kostbare“ Zeit und Kraft vergebens angewandt.

Dann noch ein Wort an unsere Kollegen. Durch Beschluß unserer außerordentlichen Generalversammlung wurde der Wochenbeitrag ab 1. Juni auf 70 Pfg. erhöht. Nachdem die Erhöhung mit so überwiegender Mehrheit beschlossen wurde, haben wir die feste Zuversicht, daß die Kollegen, überzeugt von der Notwendigkeit freudigen Herzens dieses Opfer auf sich nehmen. Ganz besonders aber appellieren wir an die Kollegen, daß sie den Delegierten ihr Amt nach Möglichkeit erleichtern, indem sie dafür sorgen, daß der Beitrag bereit liegt. Die nächste Versammlung findet am 15. Juni, diesmal ausnahmsweise im Restaurant Wiesmeyer-Garten, Schillerstraße 16, statt. Näheres Versammlungsanzeiger.

Siegburg. Unsere für Sonntag, den 26. Mai ins neue Stammlokal einberufene außerordentliche Generalversammlung nahm einen anregenden Verlauf. Der Hauptverhandlungsgegenstand war ein Antrag auf Einführung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. pro Woche, mit Abgabe von 5 Pfg. an die Bezirksleitung. Sekretär Schmidt aus Köln war erschienen, um diesen Antrag zu begründen. Die Kollegen verzichteten auf die Begründung und nahmen den Antrag einstimmig an, den Beitrag ab 1. Juni einzuführen. (Bravo, die Red.) Ein weiteres Zeichen unserer Opferwilligkeit war eine freiwillige Sammlung zur Gründung eines Fonds für das Ortsartell. Diese Sammlung ergab dann von den anwesenden 10 Mitglieder die Summe von 8,50 Mk. Dem Kollegen, ihr habt gezeigt, daß ihr opferfreudig seid, wo dieses ist, jetzt man Schaffensfreudigkeit voraus, wenn alle Kollegen dann Hand in Hand arbeiten, dann werden sich die Erfolge schon zeigen. Ferner wollen wir den Anregungen des Kollegen Schmidt folgen und unermülich fortsetzen in der Kleinarbeit, um die rückständigen Indifferenzen zu bekehren. Die Arbeiter des Siebtreises sind in der sozialen Bewegung noch weit zurück. Also auch in der Arbeit dürfen wir nicht erlahmen, und kommt der geeignete Augenblick, dann muß es heißen:

Jetzt drauf wie Bläcker,
Der Sieg ist uns sicher.

Mittling. Es ist doch eine merkwürdige Tatsache, daß so viele Leute in den Tag hineinleben, ohne zu bedenken was für ein Ziel sie verfolgen. Dieses trifft auch bei den meisten Arbeitern in der hiesigen Scherischen Fabrik zu. Die Arbeitsverhältnisse lassen hier gewiß manches zu wünschen übrig. In erster Linie die Löhne, aber dann kommen die vielen Ueberstunden ohne Zulage, die Sonntagsarbeit beizulegen, ferner die schlechte Behandlung von Seiten einzelner Vorgesetzten und demnach der Stumpfsinn unter der Arbeiterhauf. Die Arbeiterschaft, welche sich nicht auf christl. sozial. Grundlage organisiert, ist schlecht beraten, das sehen wir hier ganz deutlich vor unsern Augen. Eine Anzahl Arbeitskollegen war frei organisiert in der For-

merel. Ihre Interessen wurden aber von Ihren Hauptlingen schlecht gewahrt. Darum jetzt Mißtrauen und Stumpfsinn. Das ist aber kein Grund, daß man die christliche Gewerkschaft auch verdammen muß, denn es ist bewiesen, daß der Christl. sozial. Metallarbeiterverband die Interessen der Arbeiterschaft voll und ganz vertritt. Ihr recht denkenden Kollegen der Maschinenfabrik Mittling, an Euch ist es jetzt, ob ihr in diesem Joche weiter verharren wollt? Streift ab die Fesseln der Willkür und des Stumpfsinnes und tretet ein in die christlichen Gewerkschaften, denn hier werden Eure Interessen voll und ganz vertreten, zu Eurem Nutzen und zum Nutzen der Allgemeinheit.

Mm. Eine vom christlichen Gewerkschaftsartell einberufene Versammlung fand am Samstag den 25. Mai in unserm Gewerkschaftslokal zum Herrenkeller statt. Als Referent war Kollege Kollostrath erschienen, der die wechselseitigen Aufgaben und Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinigungen behandelte. Leider waren die Mitglieder der konfessionellen Vereine, nicht in der Anzahl vertreten, wie wir es hätten erwarten können. Wann für manche Leute einmal das Licht der Erkenntnis aufgeht, bleibt wohl noch eine Frage der Zukunft. Wahrscheinlich erst dann, wenn die Sozialdemokratie auch die konfessionellen Vereine vollständig unterminiert hat, wie es hier und da schon der Fall ist.

Kollege Kollostrath betonte einleitend seines Referats, daß die Organisation in Mm wohl noch nicht als eine der wichtigsten Erscheinungen des Wirtschaftslebens angesehen werde, sonst müßte eine weit größere Zahl von Arbeitern versammelt sein. Alsdann behandelte er Lohn- und Arbeitsfragen. Die christlichen Gewerkschaften seien bestrebt, dieselben zu verbessern. Sie versuchen das auf friedlichem und friedlichem Wege durch Abschluß von Tarifverträgen zu erreichen und die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen. Große Erfolge hätten die christlichen Verbände in dieser Hinsicht schon aufzuweisen. Wohl sind die Verhältnisse dank der Organisation schon um vieles gebessert worden, aber dennoch ist noch lange nicht die Zeit, wo wir uns mit jog. Wohlfahrtsunterstützungen abspesen lassen. Nicht Wohlthaten oder Geschenke beansprucht der Arbeiter, sondern sein gutes Recht, menschenwürdiges Dasein, anständige Behandlung, das wären die wichtigsten Aufgaben, der christlichen Gewerkschaften. Es läge nicht in der Macht eines konfessionellen Vereins, die Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Behandlung und Bergleichen irgend einer Arbeitergruppe zum Abschluß zu bringen. Das ist auch nicht ihre Aufgabe, aber die geistig jütliche Hebung, wie religiöse Fragen, welche ausschließlich den konfessionellen Vereinen überlassen bleiben müssen, machen auch die konfessionellen Vereine unumgänglich notwendig. Daß natürlich für die Mitglieder dieser Vereine keine andere wirtschaftliche Organisation in Betracht kommen könne, als die christlichen Gewerkschaften, sollte jedem einvernehmlich auf der Höhe der Zeit stehenden christl. Arbeiter nicht mehr besonders betont werden müssen.

Weiter behandelte der Referent noch die Verkürzung der Arbeitszeit und hob hervor, daß schon eine Reihe von einschlägigen Arbeitgebern freiwillig die Arbeitszeit eingeschränkt hätten und das sei kein Schaden für Industrie und Gewerbe. Dagegen aber haben wir noch eine weit größere Zahl von Arbeitgebern, die mit allen Mitteln jede bescheidenste und gerechteste Forderung zu unterdrücken versuchen. Zum Schluß kommend, ermahnte Kollege Kollostrath alle Anwesende, die bisherige Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit beiseite zu legen und sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

In der Diskussion konnten es zwei Herren von der sozialdem. Richtung nicht unterlassen, ihre alten widerstänigen Sprüche herzusetzen und wurden gebührend ausgelacht. Im Schlußwort ließ ihnen dann noch der Referent eine gründliche Abfuhr zu Teil werden. Christliche Metallarbeiter von Mm! Endlich dürfte es an der Zeit sein, aufzuwachen und mit aller Entschiedenheit unsere Sache zu vertreten. Arbeiten wir auch hier jetzt einmal unermülich, um alle christlich gesinnten Kollegen unter unserm Banner zu vereinigen.

Briefkasten.

An Verschiedene. Wir ersuchen nun nochmals Briefsendungen an unsere Geschäftsstelle genügend zu frankieren. Nicht weniger als 4 Briefe kamen bei einer einzigen Bestellung mit Strapporto belastet an und zwar von Aschaffenburg, Gleiwitz, Kattenslautern und Pforzheim, während ein Brief von München ohne Marke ankam. Nicht genügend frankierte Briefe werden in Zukunft nicht mehr angenommen.

Sterbetafel.



Nürnberg. Am 1. Juni starb unser Mitglieb Joh. Hachstatter infolge eines Betriebsunfalles im Alter von 34 Jahren.
Dinklage. Unser Kollege August Mengershausen starb an der Lungenkrankheit im Alter von 59 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Ortsverwaltung Duisburg II. Die Kranken- oder Arbeitslosenmeldungen müssen auf der Geschäftsstelle Laar, Kaiserstraße 118, gemacht werden. Gleichzeitig wird daran erinnert, daß bei diesen wie allen anderen Fällen das Mitgliedsbuch vorzulegen ist. Die Auszahlung der Unterstützung findet jeden Samstag nachmittag statt. Die Sprechstunden sind morgens von 8 bis 1, nachmittags von 2 bis 8 Uhr. Unbedingt sichere Sprechstunden Mittwoch und Samstag nachmittags.

I. Agitationsbezirk Duisburg. Die Ortsgruppen bezm. Zahlstellen, welche zu diesem Bezirk gehören, sowie wandernde Kollegen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Geschäftsstelle Duisburg-Ruhrort, Kaiserstraße 118, befindet. Die Adresse des Bezirksleiters ist August Franzen, Duisburg-Ruhrort, Kaiserstraße 118, Telefonruf, Amt Ruhrort 674.

Versammlungs-Kalender.

- Aachen.** Sonntag, den 16. Juni, vorm. 1/2 12 Uhr bei Hoppe Versammlung. Wichtige Tagesordnung.
- Böckum.** Samstag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Supper, Alleestraße.
- Durlach.** Samstag, den 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Bahnhof. Als Referent erscheint Kollege Baumann aus Karlsruhe. Kollegen erscheinen pünktlich. Unorganisierte Kollegen mitbringen.
- Dinslaken.** Sonntag, den 16. Juni, morgens 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Zornshöfen. Vollzähl. Erscheinen notwendig.
- Essen-Alteuecken.** Sonntag den 16. Juni, morg. 11 Uhr bei Eber.
- Essen-Rellinghausen.** Sonntag, den 16. Juni, morgens 11 Uhr bei Köhne.
- Essen-Kray.** Sonntag den 16. Juni, morgens 11 Uhr bei Santenberg.
- Essen-Stadt.** Sonntag den 16. Juni, morgens 11 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus.
- Essen-Segeroth.** Sonntag den 16. Juni, abends 8 Uhr.
- Gelsenkirchen-Neufeld.** Sonntag, den 16. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Edermann.
- Gelsenkirchen-Dulake.** Sonntag den 16. Juni, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Meschede.
- Hattungen.** Samstag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Haumer.
- Berg.** Samstag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Etemberg.
- Laar.** Sonntag, den 16. Juni, morgens 10 1/2 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus bei Jansen Mitglieder-Versammlung.
- Mainz.** Samstag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung. Sorge ein jeder für zahlreiche und pünktliche Besuch.
- Münster.** Sonntag, den 16. Juni, mittags 12 Uhr Versammlung bei Kathan, Clemensstraße 35. Referat: „Was leitet unser Verband?“
- München.** Nächste Versammlung Samstag den 15. Juni im Restaurant Wiesmeyer-Garten, Schillerstraße 16. Referent H. Landwehr. Bremen. Alle Kollegen erscheinen.
- Neubekum.** Sonntag den 16. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr bei Kiese.
- Oberschönweide.** Samstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr bei Herrn Dieck Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen pünktlich zu erscheinen.
- Ohlig.** Sonntag den 16. Juni Versammlung mit Vortrag bei Büch, Segerothstraße, mit Vortrag des Kollegen Leupke.
- Older.** Sonntag den 16. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr im Vereinstokal, Versammlung mit Vortrag.
- Sindheim.** Sonntag den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr in der Heidekrone. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet, auch Frauen sind willkommen.
- Sterkrade.** Sonntag morgen 11 Uhr Vorstand- und Bertragsmänner-Sitzung. Unbedingt erscheinen. Wichtige Mitteilungen. — 11 1/2 Uhr: Soziale Kommission im Gewerkschaftshaus. Die Delegierten werden gebeten, zu erscheinen.
- Stollmann-Beck.** Am Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wöllesen.
- Stollbach (Diersdorf).** Sonntag, den 16. Juni, nachm. 3 Uhr bei Joh. Schell, Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Keiner fehlend.
- Wattendorf.** Sonntag den 16. Juni, nachmittags 1/2 3 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal Düng.
- Wethmar.** Samstag, den 22. Juni, abends 6 1/2 Uhr, bei K Hoff, Versammlung.
- Walsum-Orf.** Sonntag, den 16. Juni, morgens 11 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Kattenbehl.